



# Attersee Report

## Wahlkampf

---

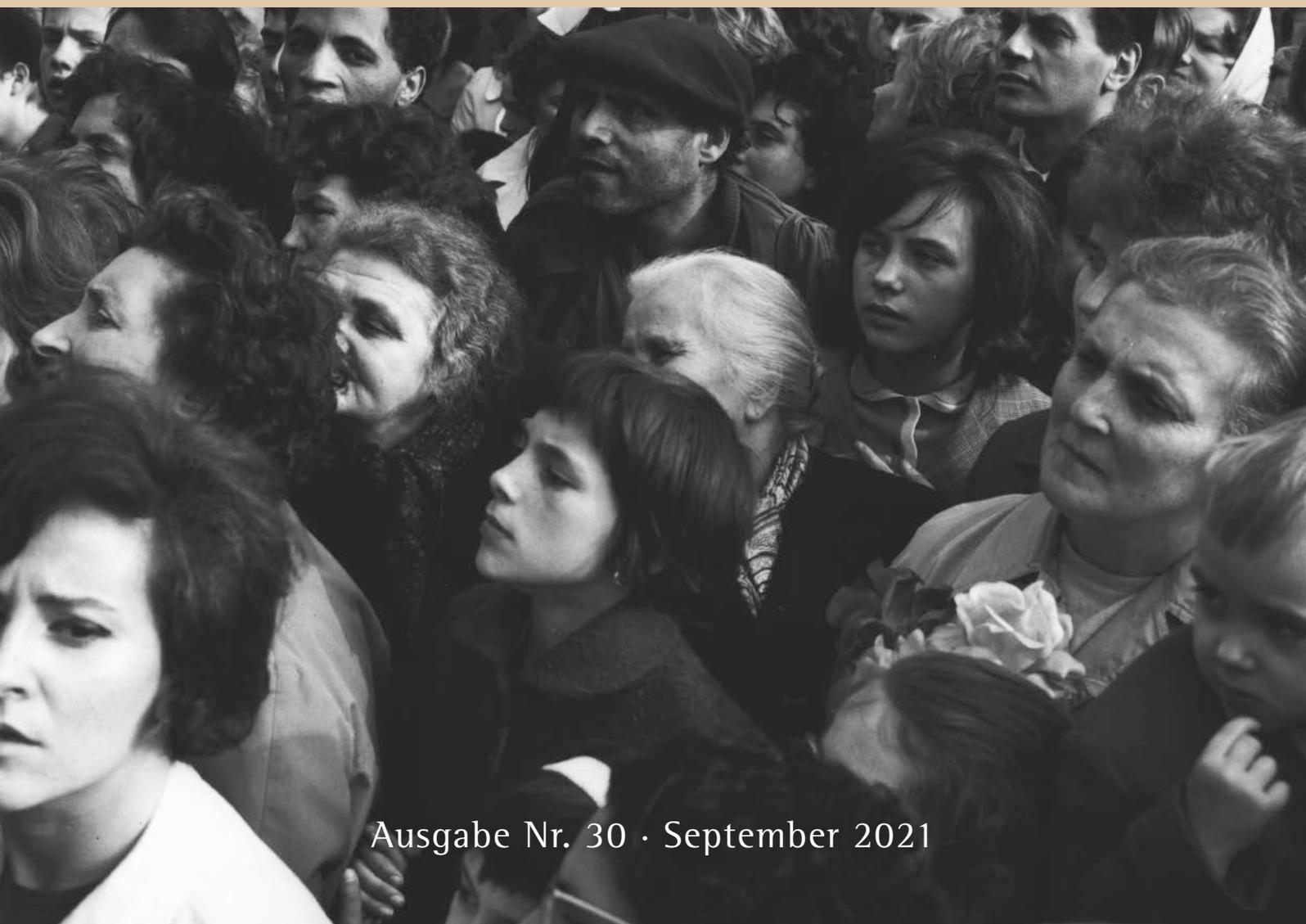
Reinhard Farkas · Keimzellen der Demokratie

Eike Dohr · „Materielle Demokratie“ – ein vergessener Kampfbegriff

Beate Haubner · Call me a radical!

Norbert Nemeth · Freiheit geben durch Freiheit!

Jörg Mayer · S.Coell – Wargus



Ausgabe Nr. 30 · September 2021

*Nur der Freie kann dem Schicksal  
eine Wendung geben.*

Ernst Jünger



Coverbild:  
Wahlkampf in Frankreich, 1961: Menschenmenge  
lauscht einer Wahrede in Bezancourt

Abbildung auf dieser Seite:  
Wahlen in Norwegens kleinster Gemeinde, 1955

# Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren!



Die vorliegende Ausgabe des Reports erscheint zeitnah zu einer für Oberösterreich sehr wichtigen Wahl. Wahlen werden zu Recht als das Herzstück einer jeden Demokratie bezeichnet. Sie entscheiden über die Ausübung von Macht, über die Verteilung von Sitzen im Parlament und manchmal auch über Schicksale.



*die Richtung, in der sich unser Gemeinwesen entwickelt, entscheiden.*

Dem ist nichts hinzuzufügen, zumal es keine Wahl gibt, die keine Richtungsentscheidung wäre. Die Richtung unseres Atterseekreises ist klar definiert: Für uns ist der Staat die Summe von Bürgern, die selbst bestimmen wollen, mit wem sie

Wer wird aus dem Landtag hinausgewählt? Wer darf ins Land herein? Wo wird die Lebensqualität steigen? Wo sinken? Am Wahltag dürfen wir auf all die Fragen mittels eines einzigen Kreuzes eine Antwort geben. Zum Zeitpunkt der Stimmabgabe verwandeln wir Wähler uns innerhalb einer juristischen Sekunde in jenen Souverän, von dem das Recht ausgeht – zumindest, wenn es nach dem Text unserer Verfassung geht. Zwischen den Wahlen ist von dieser Souveränität allerdings wenig bis gar nichts zu spüren, zu unterentwickelt sind die Rechtsinstitute der Direkten Demokratie in Österreich. Das Gefühl *nichts ändern zu können* macht sich da und dort breit. Zu Unrecht, wie wir meinen.

Vor fast einem Jahr hat sich der Atterseekreis mit der Bedeutung von Utopien befasst. Dass es sich hierbei nicht um ein Orchideen-Thema handelt, hat der Festredner der diesjährigen Salzburger Festspiele, der deutsche Philosoph Julian Nida-Rümelin, in seiner bemerkenswerten Ansprache *Wir schauen auf bewegte Jahrzehnte* bewiesen. Vor dem Hintergrund der schwindenden Bedeutung von Nationalstaaten lautet seine These folgendermaßen: *Es gibt eine Utopie, die uns leiten sollte, eine humanistische Utopie. Und die hat einen Namen. Sie heißt Demokratie. (...) wir sind diejenigen – das ist ja die Botschaft! – wir, Bürgerinnen und Bürger eines Staates, sind diejenigen, die in letzter Instanz über*

nach welchen Spielregeln zusammenleben. Vor diesem Hintergrund erfreut uns die Rede Nida-Rümelins, zumal er – und das ist das Erstaunliche – keine Scheu davor hat, den Begriff des Staatsbürgers ins Zentrum seiner Betrachtungen zu stellen. Traditionell konkurriert nämlich das etatistische Bürgerrecht mit dem kosmopolitischen Menschenrecht, wobei das eine das andere nicht unbedingt ausschließen muss.

Der Trend ist unübersehbar: Nach den staatlichen Rechtsordnungen sollen auch die Nationalstaaten verschwinden und mit ihnen die Träger dieser Rechte, nämlich die Staatsbürger. Ihre Rechte sollen sich à la longue von jenen aller anderen Menschen – welchen Ursprungs auch immer – nicht mehr unterscheiden. Die Forderung, auch Nichtstaatsbürgern das Wahlrecht zu gewähren, muss in diesem Licht gesehen werden. Sie passt zu der Tatsache, dass wir nur mehr rudimentär differenzieren dürfen, in welchem Ausmaß Nichtstaatsbürger in den Genuss von Sozialleistungen kommen dürfen oder nicht. Ebenso passt dazu, dass wir nicht mehr selbst entscheiden können, wer im Lande bleiben darf und wer nicht.

Unser Lager hat hier eine ganz klare, freiheitliche Positionierung, die man bei der anstehenden Wahl unterstützen kann – und muss! Alle anderen ziehen (aus welchen Gründen auch immer) die Fremd- der Selbstbestimmung vor.

Herzlichst Ihr ParlRat Mag. Norbert Nemeth, Herausgeber

# Inhalt



## Generalthema:

Wähler, Bürger, Souverän .....	6
Keimzellen der Demokratie .....	8
Die deutsche Hysterie .....	13
Rechtspopulismus und soziale Frage .....	18
Was das Gemeinwohl wirklich sei? .....	27



## Österreich:

„Materielle Demokratie“ – ein vergessener Kampfbegriff .....	28
Wer wählt, gewinnt? .....	35



## International:

Call me a Radical! .....	36
Vom Regen in die Traufe am Hindukusch .....	41
Wenn Wahlen zum Fetisch verkommen .....	45



## Feuilleton:

Freiheit geben durch Freiheit! .....	46
Erziehungsauftrag und Erziehungsmaßnahme .....	51



## Besprechungen:

S.Coell – Wargus .....	52
Adharas Stimme .....	62
Impressum .....	63

# Editorial

Werte Leser!



Wahltag ist Zahltag, heißt es so schön. Der Tag der Wahrheit! Das gilt auch für unser Heimatland Oberösterreich, in dem der Wähler nach sechs Jahren nun wieder zu den Urnen gerufen wird. Wir hoffen, dass er die treue Arbeit honorieren wird, die in dieser Zeit in ernstem, ehrlichem Bemühen geleistet wurde.



Dass demokratische Mitbestimmung in unseren Breiten nunmehr seit Jahrzehnten eine Selbstverständlichkeit ist, sollte nicht als solche genommen werden. Der vergangene Sommer hat das Scheitern eines demokratischen Experiments in einem fast 40 Millionen Einwohner zählenden Staate gezeigt. Die fehlgeleitete Konzeption des *Nation Building* erlebt damit ein schweres Debakel, aber mit ihr dürfte auch die (weit weniger invasive) Doktrin der *Responsibility to protect* fallen, die nach 1990 schrittweise Einzug in die internationalen Verhältnisse hielt. *Containment* wird damit auf lange Zeit die einzige Strategie sein, zu welcher der Westen noch imstande ist.

Was die Taliban und ihren grausigen Triumph so herausfordernd macht, ist die totalitäre platonische Ordnung, die in Afghanistan nun Einzug hält. Als prononcierte Koranschüler bilden sie gleichsam eine „Wächterklasse“, wie Platon sie für den Staat in doppelter Ausführung vorstellt: einerseits als geistige, andererseits als militärische Wächter. Der kleine Mann (und besonders die kleine Frau) hat, anders als in demokratischen Konzeptionen, hier freilich nichts zu melden. Aber auch das entspricht der platonischen Vorstellung, der zufolge Bauern, Handwerker, Kaufleute usw. ein triebhaftes Volk seien, kein mutiges und vernünftiges wie die Wächter (als Krieger und Gelehrte). Die rechte Tugend für das einfache Volk sei daher: die *Mäßigung*. Durch die Philoso-

phenwächter und ihre *Klugheit*, mit der Hilfe der Kriegerwächter und ihrer *Tapferkeit*, sei es im Zaume zu halten. Im Einklang dieser drei Kardinaltugenden erstede die vierte und höchste: die *Gerechtigkeit*.

Aus dieser Konzeption wird klar, warum Platon die Demokratie verachtete. Für ihn war sie fast die allerschlimmste Regierungsform und Vorstufe zur reinen Tyrannis, in der Demagogen mithilfe der Menge regieren. Höher schätzte er die auf Geldbesitz fußende Oligarchie, noch höher eine von der Ruhmsucht angeleitete Timokratie, am höchsten freilich die Aristokratie als Herrschaft der Weisen. Schon sein Schüler Aristoteles setzte diesem hierarchischen Schema ein Nebeneinander von Monarchie, Aristokratie und Demokratie nebst ihren Verfallsstufen Tyrannis, Oligarchie und Ochlokratie entgegen, und präferierte ein „Politie“ genanntes Mischsystem mit stark demokratischem Einschlag. Diese beiden Grundkonzeptionen – der Staat als ein aus einem Prinzip regierter Organismus und der Staat als Vermittler unterschiedlicher Interessen im Volk – gehen bis heute allen weiteren Staatsideen voraus. In ihrem Spannungsfeld ist jede Ideologie verortbar.

Es wäre ein feiner Zug, würde das Volk öfter erweisen, dass Platon irrt. Dass es ohne die Knute der Mächtigen selbst zur Mäßigung imstande ist. In diesem Sinne ist auch die halbe Minute in der Wahlkabine ein guter Moment, um allfällige Eitelkeiten des Alltags abzuwerfen und nicht bloß nach Eigeninteresse zu wählen, sondern mit dem ernsthaften Gedanken: Was ist für mein Land und mein Volk das Beste? Wer verteidigt uns und unsere Zukunft?

In einer Demokratie muss jeder einzelne ein Wächter ein.

Ihr Jörg Mayer, Chefredakteur

## Wähler, Bürger, Souverän



Es ist also offenbar, daß alle die Staatsverfassungen, die den gemeinsamen Nutzen im Auge haben, mit Rücksicht auf das schlechthin Gerechte richtig sind, daß aber alle die, die nur ihren eigenen Nutzen als den der Herrschenden im Auge haben, fehlerhaft sind [...]. Sie sind nämlich herrisch, der Staat aber ist eine Gemeinschaft der Freien.

aus: Aristoteles, Politik

Da nun aber das natürliche Rechtsgesetz das friedliche Zusammenleben der Menschen in Gesellschaft fordert, so muß es geringere Fehler des positiven Rechts in Kauf nehmen, um auf diese Weise sein oberstes Ziel: Frieden und Ordnung zu stiften, zu erreichen.

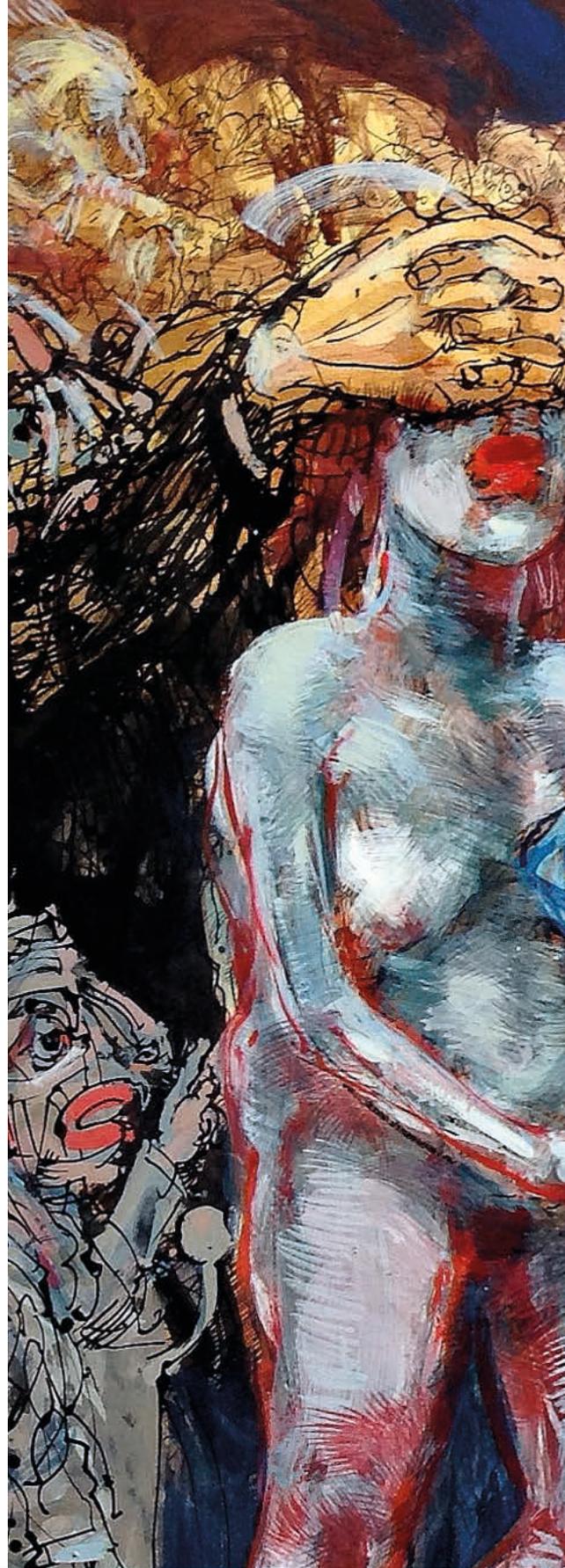
aus: Alfred Verdross, Abendländische Rechtsphilosophie

Es handelt sich für die Verfassungsentwicklung der nächsten Zeit darum, die Demokratie aus ihrer Verhüllung durch liberale Momente zu retten.

aus: Carl Schmitt, Staat–Großraum–Nomos

Und mit Recht entsteht somit, denke ich, die Tyranis aus keiner anderen Verfassung als aus der Demokratie, aus der höchsten Freiheit die tiefste und härteste Knechtschaft.

aus: Platon, Der Staat





# Generalthema

Demokratie II  
Rainer Ehrt, 2001

Reinhard Farkas

# Keimzellen der Demokratie

Über das Vereinswesen in der Donaumonarchie



Heinz-Dieter Horch unterscheidet vier Typen von Vereinen (wobei viele soziale Bewegungen Mischformen sind): Vereinigungen, die Interessen von *Nichtmitgliedern* vertreten, und Vereinigungen für *Mitglieder*, wobei letztere entweder *außenorientiert* (wie im Rahmen des Abolitionismus) oder *innenorientiert* sein können. Das Segment innenorientierter Vereine ist wiederum in einen *expressiven* Bereich (wie im Rahmen der Sport- oder Freikörperkultur) und in einen *instrumentellen* Bereich differenzierbar, den wir im Rahmen der Siedlungsprojekte auffinden können.

In ihrer Eigenschaft als soziale Bewegungen sind Vereine Formen kollektiven Verhaltens, die in Reaktion auf „Störungen in einer der Komponenten des Handlungssystems“ entstehen. Sie ermöglichen „planmäßige Mobilisierungen von Menschen für Ideen oder Lebensformen“ und sie erzeugen „die damit verbundene Organisation zu ihrer Realisierung“ (Heinz/Schöber). Vereine enthalten Artikulationsnischen für die besonderen Inhalte und Projekte des jeweiligen Segments, sie sind durch spezifische Leitvokabeln und Diskurse bestimmt und mit besonderen Kommunikations- und Durchsetzungsinstrumentarien ausgestattet. Man kann Vereine unterscheiden nach ihrer Dichte, Fluktuation, allgemeinen sozialen Akzeptanz und nach der Vielfalt der Projekte.

An die Stelle von vormaligen ständisch-korporativen Einrichtungen trat mit dem 19. Jahrhundert ein Vereinswesen, dessen Kennzeichen die freiwillige Vergesellschaftung ist. Der Vereinsbegriff setzte sich seit dem Vormärz gegenüber konkurrierenden Bezeichnungen durch – wie Gesellschaft, Klub oder Orden. Man versteht heute Vereine als freiwillige, für die Dauer bestimmte und organisierte Verbindungen von Menschen, die gemeinsam einen frei gewählten Zweck verfolgen. Faktoren wie Freiwilligkeit, Gleichheit, Teilnahme an der Willensbildung und Satzungsmäßigkeit ermöglichen formale

Gleichheit und demokratische Regelmechanismen. Als ein grundlegendes Motiv der ersten Vereinsgründung kann die zunehmende Individualisierung betrachtet werden, die Menschen mit vergleichbaren Interessen zusammenschloss.

In der Donaumonarchie verringerten die Karlsbader Beschlüsse (1819) lange Zeit die Chancen für eine breite Vereinsbildung: Die Pressezensur wurde verschärft, die Vereins- und Versammlungsfreiheit aufgehoben, und politische Parteien wurden verboten. Vor 1840 entschieden die Behörden über die Zulässigkeit von Vereinen in jedem einzelnen Fall durch ihre Bewilligung und Bestätigung. Die Gesetzgebung erschöpfte sich vielfach in Verboten bestimmter Vereine und der Bekämpfung von sogenannten Geheimbünden. Die Entwicklungschancen der Vereine waren in dieser Phase vielfach abhängig von ihrem Politisierungsgrad. Dies führte zur Rückdämmung und Unterdrückung der Turnbewegung oder der Freidenkerbewegung, während andere Vereine, die durch Aristokraten und Geistliche abgestützt waren, sich gut entwickeln konnten.

## Der Liberalismus als Triebkraft der Vereinsbildung

Verstädterung, Industrialisierung und Kapitalisierung schufen neue Voraussetzungen für die Entwicklung des Vereinswesens. Mit dem Wachstum der



*Mag. Dr. Reinhard Farkas ist Ass.-Prof. i.R. für Geschichte der KFU Graz und als Autor, Fotograf und nicht zuletzt begeisterter Camper aktiv. Für den Attersee Report hat er u.a. Beiträge zum Mensch-Natur-Verhältnis und zum Werk Peter Roseggers verfasst.*



Bevölkerung, der zunehmenden Konzentration von Menschen und der Zunahme der Kommunikationsdichte wuchs die individuelle Wahlfreiheit und Mobilität und verzweigte sich die soziale Lebenswelt, während das traditionelle Sozialmodell des „Ganzen Hauses“ ins Hintertreffen geriet.



Deutscher Turn-Verein Gmunden, 1904, Farblithographie

Voraussetzungen für die Bildung von landwirtschaftlichen und industriellen Vereinen (etwa Aktiengesellschaften) schufen die „Vorschriften bei Errichtung und Behandlung von Privatvereinen“ (1840) und „Direktiven“ (1843). Sie normierten erstmals staatliches Verhalten zur Vereinsgründung und kontrollierten zugleich jene Vereine, die Einfluss auf öffentliche Interessen nahmen. An die Stelle der Konzessionierung stellten das Verfassungspatent vom 25. April 1848 und die oktroyierte Märzverfassung das Erfordernis der Statutenvorlage und die Anzeige der Vorstandswahl. Das Vereinsgesetz vom 26. November 1852 setzte das Konzessionssystem von 1843 wieder in Kraft – unter ausdrücklichem Verbot der politischen Vereine; ihm fielen etwa die aufgeflamten kirchenkritischen Reformbewegungen zum Opfer.

Erst die liberale Phase selbst vergrößerte die Chancengleichheit der Vereine: Gemeint sind das seit 1861 amtierende Kabinett Anton von Schmerlings, das zwischen 1867 und 1871 tätige Bürgerministerium und das Doktorenministerium zwischen 1871 und 1878. Juristische Meilensteine bildeten das Februarpatent – ein Verfassungsentwurf Schmer-

lings – und das sechs Jahre nach Einführung der konstitutionellen Monarchie beschlossene neue Vereinsgesetz vom 15. November 1867. Nun war erstmals die Gründung von politischen Organisationen möglich. Freilich galten strenge Normativbestimmungen, die 1918 durch die Zulassung

der Frauenmitgliedschaft modifiziert und erst im Jahr 1947 aufgehoben wurden.

Eine der zuvor zurückgestauten Bewegungen, die sich nun auf breiter Ebene entwickelte, ist die Turnbewegung. Sie versöhnte sich mit dem Habsburgerstaat, der seinerseits die Vorteile dieses Vereinsspektrums zu schätzen begann, etwa für die Volksgesundheit, vormilitärische Ausbildung und (wie man annahm) verstärkten Patriotismus. Die Turnbewegung stellte ihrerseits das Projekt eines deutschen Volksstaates zurück, sie forcierte dagegen das Konzept einer deutschen Kulturnation im politischen Rahmen der Donaumonarchie. Nachdem die Novellierung des Vereinsgesetzes 1867 auch die rechtlichen Möglichkeiten von Verbänden schuf, nutzte die Turnbewegung dies 1868 gleich als Instrument zur organisatorischen und politischen Vereinheitlichung.

**Vereinsboom und Massenparteien**

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts erhielten die Vereine als vermittelnde Strukturen zwischen den Parteien und Verbänden und den verschiedenen

◆

*Die Vereinsbewegung differenzierte sich in dieser Phase nicht nur nach politischen, sondern auch nach ethnischen Kriterien.*

◆

Privatwelten der Gesellschaft zusätzliche Bedeutung. Diese Entwicklung ist bedingt durch die Herausbildung des organisierten Kapitalismus und seines organisatorischen Prinzips, des Interventionsstaates. Die Zahl der Vereine steigerte sich allein in den 1880er-Jahren dabei auf das Dreifache. Es veränderten sich die Methoden der Vereine, sich zu organisieren und ihre Projekte umzusetzen. Liberale Diskurse, Mobilisierungs- und Agitationsweisen – etwa das Modell des Honoratiorenvereines – wurden verändert, abgeschwächt oder ersetzt. Während neue soziale Gruppen in die Vereinsarena traten, nahmen gruppensolidarische Prägungen zu.

Verschiedene Organisationen dienten sich nunmehr Parteien als Nachwuchsreservoir an, sie trugen dazu bei, ihre Mitglieder emotional, affektiv und kognitiv an diese zu binden und Ressourcen für sie aufzubringen. Ihrerseits erwarteten sie sich durch dies Allianz auch erhöhte Chancen, ihre Projekte umzusetzen. Diese Vereine wurden in den Dienst genommen, um individuelle und kollektive Lebensvollzüge zu steuern. Bei derartigen Steuerungsprozessen werden, wie Sauer für die katholischen Vereine festhält, „Initiative durch Mobilisierung, Mitbestimmung durch Leitung, Formulierung eigener Interessen durch Lagerideologie ersetzt“.

Die Vereinsbewegung differenzierte sich in dieser Phase nicht nur nach politischen, sondern auch nach ethnischen Kriterien. Dies war mit Radikalisierungserscheinungen verbunden, die etwa in je-



Tiroler Schuhplattlgesellschaft, 1910

nem Spektrum um sich griffen, das dem Konzept der deutschen Kulturnation anhing. Dies waren neben Turnvereinen auch Schulvereine, Korporationen oder Sängerschaften. Die klassische antiklerikale Stoßrichtung der liberalen Ära wurde nun zunehmend durch Elemente der nationalen Selbstüberhöhung

ergänzt. Dazu gehörten ein teils grotesker Kult des Germanischen, eine Tendenz zur „Sprachreinigung“ und fatalerweise auch eine anti-jüdische Stoßrichtung. Um dies zu veranschaulichen: Der „Hellenische Fünfkampf“ figurierte nun als „Deutscher Fünfkampf“, bestehend aus 200-Meter-Lauf, Hochweitsprung, Speerzielwurf, Hammerweitwurf sowie Freiringen. Germanische Monatsnamen wurden eingeführt, das Weihnachtsfest in ein Julfest umbenannt.

Verglichen mit den zwanziger und dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts und deren Radikalisierungsprozessen, war Verbindung von Parteien und Vereinen freilich noch weniger strikt ausgeprägt. Auch möchte ich mir das Um-Sich-Greifen der national-, konfessions- oder sozialpolitischen Selbstzuordnung nicht als einen mechanischen Prozess vorstellen. Denn Anhänger von Naturheilkunde, Vegetarismus oder Tierschutz hatten nicht im Sinn, sich parteipolitisch festzulegen. Sie beanspruchten autonome Handlungsräume, sie hielten ihre jeweiligen Projektfelder für wichtiger als parteipolitische Unterschiede, und sie misstrauten teilweise auch der parlamentarischen Demokratie.

◆

*Die Distanz zur Politik war vielfach auch durch Hindernisse bedingt, die seitens des Staates bestimmten Vereinssegmenten in den Weg gelegt wurden.*

◆

Die Distanz zur Politik war vielfach auch durch Hindernisse bedingt, die seitens des Staates bestimmten Vereinssegmenten in den Weg gelegt wurden. So war etwa die österreichische Naturheilbewegung, weit mehr als die deutsche, gehemmt durch eine restriktive Gesetzgebung, durch staatliche Unterdrückung und eine massive administrative und agitatorische Gegenwirkung der Schulmedizin. Dennoch konnten sich Ende der 1860er-Jahre in mehreren Landeshauptstädten Naturheilvereine entfalten, die meist auch vegetarisch orientiert waren. Anhand dieser Bewegung soll hier exemplarisch die zunehmend lebensgestaltende Rolle der Vereine unterstrichen werden. Der 1895 gegründete *Allgemeine österreichische Naturheilverein*, heute bekannt als *Erster Österreichischer Naturheilverein*, war etwa hauptsächlich in Wien und Niederösterreich, Böhmen, Oberösterreich und der Steiermark tätig und formte u.a. eine Touristen-, eine Radfahrer- und eine Vegetariergruppe aus. Man befasste sich neben Heiltherapien mit sozialpolitischen und philosophischen Themen, organisierte Gymnastikkurse unter dem Titel „Hygienische Turnübungen“ sowie Wanderungen, und empfahl, Sonnenbäder und Schrebergärten anzulegen. Aber auch der Anarchismus, dessen Einflüsse bis in die 1920er-Jahre reichten, sperrte sich parteipolitischer Instrumentalisierung. So befand etwa der steirische Maurer und Journalist Franz Prisching, die von ihm gegründete Zeitschrift *Der g'rode Michl* solle „von jedem Parteieinfluss frei bleiben, [...]



Gebirgstrachtenerhaltungsverein, um 1910

*alles Faule und Morsche rücksichtslos bekämpfen, [...] der ganzen Menschheit, aber keiner einzelnen Partei oder Sekte dienen.“* Er wandte sich gegen die Bevormundung durch Bürokratie, die, wie er es sah, eine Entfaltung der Persönlichkeit behinderten. Gemeint sind damit in erster Linie der Klerus und die

Sozialdemokratie: *„Keine Pfaffen, aber auch keine roten Tyrannenknechte, sondern freie Menschen wollen wir werden!“*

#### Der Erste Weltkrieg und seine Wirkungen

Den Einfluss des Ersten Weltkriegs auf die weiteren Entwicklungen der Vereinsszene und deren Radikalisierung, Politisierung und Militarisierung kann man gar nicht hoch genug einschätzen. Einerseits wurden die Vereinsaktivitäten durch zahlreiche interne Faktoren beeinträchtigt: Fehlen wertvoller Kader, Mitgliederschwund, Reduzierung von Subventionen, nicht zuletzt auch Diskontinuität der Aktivitäten. Daneben wirkten externe Faktoren wie Knappheit von Ressourcen, ökonomische Einschränkungen, Militarisierung der Zivilgesellschaft oder Suspendierung des Vereinsrechtes dämpfend ein.

Während sich allenthalben eine chauvinistische und patriotische Publizistik verstärkte, traten ausgleichende, pazifistische und kosmopolitische Strömungen in den Hintergrund. Pazifistische Publikationen wurden verboten, Missliebige ausgewiesen



*Den Einfluss des Ersten Weltkriegs auf die weiteren Entwicklungen der Vereinsszene und deren Radikalisierung, Politisierung und Militarisierung kann man gar nicht hoch genug einschätzen.*



oder inhaftiert. Allenthalben wirkte die Kriegspropaganda ein (sieht man vielleicht vom sozialdemokratischen Spektrum ab). So versuchte man sogar in der mittlerweile sehr einflussreichen Abstinenzbewegung den Vorteil geringen Alkoholkonsums für die Kriegsführung herauszustreichen: „Diejenige Nation, die das geringste Quantum an Alkohol zu sich nimmt, die gewinnt!“ Sogar in der sonst so politikfernen Naturheilbewegung war schon 1915 gelegentlich von einem „Neuen Reich“ die Rede.

Es waren im Wesentlichen die sogenannten „Ideen von 1914“ mit ihrer Abkehr von den Prin-



Narrenabend des Wiener Männergesang-Vereins, um 1900

zipien individueller Menschenrechte und ihrer Ausrichtung auf eine kollektivistische Perspektive, die der Vereinsbewegung einen verhängnisvollen Weg weisen sollten, den nur wenige nicht gingen, unter ihnen etwa die anarchistische Bewegung um den sogenannten *Bund herrschaftsloser Sozialisten*. Dort suchte man nämlich nicht sein Heil im Kollektiven, sondern im Anschluss an die Natur und der Pflege eines natürlichen Lebens: „Suchen wir vor allem innige Verbindung mit der Mutter Erde, bereiten wir die Stadtflucht vor!“

Literatur in Auswahl:

Ahlemeyer, Heinrich W.: *Soziale Bewegungen als Kommunikationssystem: Einheit, Umweltverhältnis und Funktion eines sozialen Phänomens*. Opladen 1995 (= Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Sh. 34/1994).

Farkas, Reinhard: *Turnen und Sport in der Steiermark. Von der Subkultur zum Staatsmonopol*. In: *Blätter für Landeskunde* 74, 4 (2000), 139-153.

Farkas, Reinhard: *Die Naturheilbewegung in der Steiermark. Vereine, Pioniere und Projekte vor 1918*. In: H.T. Hakl (Hg.): *Octagon. Die Suche nach Vollkommenheit im Spiegel einer religionswissenschaftlichen, philosophischen und im besonderen Maße esoterischen Bibliothek*. Gaggenau 2015, 127-144.

Farkas, Reinhard: *Anarchistische Friedensarbeit der Ersten Republik am Beispiel der Steiermark*. In: *Wiener Blätter zur Friedensforschung* Nr. 99 (1999), 50-56.

Farkas, Reinhard: *Lebensreform in der Donaumonarchie. Personen, Vereine und Netzwerke*. In: Johanna Hopfner u.a. (Hg.): *Pädagogische und kulturelle Strömungen in der k.u.k. Monarchie. Lebensreform, Herbartianismus und reformpädagogische Strömungen*. Frankfurt/Main 2008, 11-26.

Farkas, Reinhard: *Anfänge der steirischen Abstinenzbewegung*. In: *Rutengänge. Studien zur geschichtlichen Landeskunde. Festgabe für Walter Brunner zum 70. Geburtstag*, Hg.: Historische Landeskommision für Steiermark u.a., Graz 2010, 546-561.

Greive, Wolfgang (Hg.): *Der Geist von 1914 – Zerstörung des universalen Humanismus? Rehberg/Loccum 1990 (= Loccumer Protokolle 18/89), 13-30.*

Heinz, Walter R. / Schöber, Peter: *Kollektives Verhalten – Alte Fragen, neue Perspektiven*. In: Walter R. Heinz u.a. (Hg.): *Theorien kollektiven Verhaltens. Beiträge zur Analyse sozialer Protestaktionen und Bewegungen*. 2 Bde. Darmstadt 1972, 7-51.

Hye, Hans Peter: *Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Österreich*. In: *Beiträge zur historischen Sozialkunde* 3 (1988), 86-96.

Horch, Heinz-Dieter: *Ressourcenzusammensetzung und Oligarchisierung. Eine empirische Überprüfung*. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 44, 1 (1992), 99-115.

Sauer, Walter: *Katholisches Vereinswesen in Wien. Zur Geschichte des christlichsozial-konservativen Lagers vor 1914*. Salzburg 1980 (= *Geschichte und Sozialkunde, Reihe Forschungen* 5).

# Die deutsche Hysterie

Von Arnulf Helperstorfer



Inzwischen sind die Werke, die sich mit der Entwicklung Deutschlands im 20. Jahrhundert befassen und die Hintergründe sowie Ursachen für ebendiese Entwicklung (insbesondere die Hinwendung vieler Deutscher zum Nationalsozialismus) beleuchten und zu deuten versuchen, kaum mehr zu überblicken. 1942, als der ungarische Staatswissenschaftler Istvan Bibo seinen Essay *Die deutsche Hysterie – Ursachen und Geschichte* verfasste, war das nicht so.

Mitten im Zweiten Weltkrieg, auf dem Höhepunkt der Macht des „Dritten Reiches“, waren ausgewogene Betrachtungen selten. Der nationalsozialistischen Propaganda, die die Deutschen als Heilsbringer Europas und anderen Völkern überlegen verklärte, standen antideutsche Ressentiments wie jene des britischen Diplomaten Baron Vansittart gegenüber. Für Vansittart war die gesamte deutsche Geschichte von Aggression und Zivilisationsfeindlichkeit geprägt, der Nationalsozialismus die logische Konsequenz dieser Geschichte und des deutschen Wesen selbst.

Bereits in der Einführung wischt Bibo beide Ansätze als unrichtig beiseite, um sich danach auf seine eigene historische Spurensuche zu begeben. Denn in der Geschichte der Deutschen seit der Französischen Revolution sieht der Ungar die Ursachen für die kollektive oder politische Hysterie, die in eine „*schicksalhafte Störung des europäischen Gleichgewichts*“ führt. Wenngleich auch andere Nationen von politischen Hysterien befallen worden waren, sei doch „*die Hysterie der deutschen Nation bei weitem am schwerwiegendsten*“. Was aber meint Bibo mit seinem Terminus „politische Hysterie“? „*Lossagung der Gemeinschaft von den Realitäten, Unfähigkeit zur Lösung der vom Leben aufgegeben Probleme, unsichere und überdimensionierte Selbsteinschätzung sowie irrealer und unverhältnismäßige Reaktion auf die Einflüsse der Umwelt*“ sind die charakteristischen Symptome.

Die Grundlage für diese Hysterie bildet die ab dem 18. Jahrhundert einsetzende Demokratisierung der Gesellschaft. Damit ist jedoch nicht die Hinwendung zur Demokratie als Staatsform gemeint, sondern vielmehr die zunehmende Anteilnahme der breiten Massen an den Angelegenheiten des Gemeinwesens und die damit einhergehende Entstehung eines immer intensiveren Gemeinschaftsgefühls, eine emotionale Demokratisierung. Nur in einer derartig demokratisierten Gesellschaft können sich die individuellen Seelenzustände zu einem hysterischen Ganzen vereinen. Hysterie ist dabei als Analogie zu verstehen und nicht als Zustand kollektiver Geisteskrankheit, denn man müsse sich „*vor jeder Metaphysik hüten, die der Gemeinschaft als solches irgendeine Psyche und psychische Störungen zuschreibt*.“

Die Grundlagen der politischen Hysterie bilden dabei eine oder mehrere erschütternde Erfahrungen der Gemeinschaft. Kann sie diese Erschütterung ertragen und die daraus resultierenden Probleme lösen, wird sie gestärkt in die Zukunft gehen. Kann sie das jedoch nicht und weicht den Problemen stattdessen aus, erweist sich dies als Voraussetzung für die politische Hysterie. Die Erschütterung übersteigt die Belastbarkeitsgrenze der Gemeinschaft und führt einerseits zu einer Fixierung auf das Ereignis, andererseits zu einer Lähmung der Gesellschaft. Scheinlösungen, Illusionen und falsche Kompromisse sind die Resultate. Als nicht-deutsches Beispiel für eine



Die Kapitulation von Ulm (Kapitulation Österreichs gegenüber Napoleon 1805); Charles Thévenin, zwischen 1806 und 1815

solche politische Hysterie benennt Bibo die „*außenpolitische Hysterie der Französischen Revolution*“, die eintrat, als die Angst vor einer Verschwörung von Emigranten und außerfranzösischen Monarchen in der Terrorherrschaft gipfelte und schließlich zum ersten Empire unter Napoleon führte.

#### Das Problem der deutschen Staatswerdung

Fünf große Sackgassen in der deutschen Geschichte sieht Bibo als Wurzeln der deutschen Hysterie. Im Endeffekt dreht sich dabei alles um das Problem, im 19. und 20. Jahrhundert einen geeigneten staatlichen Rahmen für die deutsche Nation zu finden. Ausgangspunkt ist die territoriale Zersplitterung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation: Während in den westeuropäischen Nationen wie Frankreich und England die Zentralmacht immer stärker und die Territorialfürsten immer schwächer wurden, machte Deutschland in der Zeit nach dem Dreißig-

jährigen Krieg eine gegenläufige Entwicklung durch, an deren Ende ein machtloser Kaiser einflussreichen Fürsten gegenüberstand. Diese politische Zersplitterung hatte jedoch keineswegs eine Aufspaltung des deutschen Volkes zur Folge, so dass aus Bayern, Preußen oder Österreich eigene Nationen entstanden wären. Die deutsche Nation und ebenso die Reichsidee bestanden aller Zersplitterung zum Trotz fort.

Zum katastrophalen Ereignis, zur ersten Erschütterung der Nation wurden die Jahre 1805 und 1806, als die beiden größten deutschen Staaten Österreich und Preußen den Armeen Napoleons erlagen und in Folge große Teile Deutschlands von Frankreich annektiert, besetzt oder in Form des Rheinbundes dem französischen Diktat unterworfen wurden. Gleichzeitig legte der Habsburger Franz II. die Kaiserkrone nieder und löste das Alte Reich auf, womit der nationale staatliche Rahmen verloren ging. Während in Westeuropa die sich demokratisierenden Gesell-



Einzug Napoleons in Berlin am 27. Oktober 1806; Charles Meynier, 1810

schaften den nationalen staatlichen Rahmen des alten Königtums übernehmen und umgestalten konnten, musste dieser Rahmen in Deutschland erst neu geschaffen werden.

Die Umgestaltung der Gesellschaft hin zu einem demokratischen Gemeinwesen trat damit in Deutschland zugunsten der Schaffung dieses Rahmens zurück; die enge Verbindung zwischen Nationalismus und moderner Demokratie in Westeuropa gab es in dieser Form in Deutschland nicht. In ähnlicher Form trat dieses Problem auch in den anderen Nationen Mittel- und Osteuropas auf. Zudem wurden von Frankreich ausgehende demokratische Ideen mit dem Erlebnis der Invasion, Besetzung und Ohnmacht verknüpft. Mit der Niederlegung der römisch-deutschen Kaiserkrone durch die Habsburger war auch die Identifikationsfigur, um die sich die deutschen Patrioten hätten sammeln können und wollen, verlorengegangen; die Habsburger hatten eine historische Chance verspielt.

Der nachfolgende Deutsche Bund prolongierte das Hauptproblem Deutschlands. Abermals wurde kein geeigneter Rahmen gefunden, abermals wurde die Macht der Territorialfürsten bestätigt. Die Revolution von 1848, die ebendiesen Rahmen eines demokratischen Nationalstaates hätte schaffen können, endete im Fiasko. Da jedoch die Sehnsucht nach einem einigen Deutschland blieb, wandten sich die Deutschen zwei Scheinlösungen zu. Einerseits erfolgte eine Flucht in die Metaphysik sowie in die Historie und die mythische Sagenwelt, die zunehmend glorifiziert wurde. Andererseits schien nur mehr militärische Macht, nicht zuletzt verkörpert durch die Preußische Armee, die sich in den Befreiungskriegen von 1813 bis 1815 gegen die französische Besetzung Waffenruhm erworben hatte, zur nationalen Einheit zu führen. Insbesondere der erfolgreiche Waffenangriff von 1870/71, der schließlich zur Gründung des Deutschen Kaiserreichs führte, mehrte die Bedeutung und das Prestige der Preußischen Armee.



In diesem Zweiten Deutschen Kaiserreich sieht Bibo die nächste Sackgasse der deutschen Geschichte – für das Jahr 1942 durchaus eine interessante Position. So sei durch das Hinausdrängen Österreichs aus Deutschland die innerdeutsche Balance verloren gegangen, ein unvollständiges Deutschland geschaffen worden. Die Macht der Fürsten wurde erneut nicht gebrochen, sondern nur in einen neuen Rahmen gegossen, während die Macht der gesamtdeutschen Institutionen wie Kaiser und Reichstag eingeschränkt blieb. Ein echter Nationalstaat



Die Wiedererstehung des Deutschen Reiches 1871  
Hermann Wislicenus, 1882, Goslarer Kaiserpfalz

war nicht entstanden, da einerseits Millionen von Deutschen außerhalb des neuen Reiches lebten, dafür Polen und andere in ihm. *„Aus deutscher Sicht ließ sich nur schwer erklären, weshalb Posen Inland, Innsbruck dagegen Ausland war. Und den Österreich-Deutschen war kaum einsichtig zu machen, weshalb für sie Tarnopol Inland, Passau, Köln und Hamburg dagegen Ausland sein sollten.“* Der Zweibund zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich sollte zumindest die Fiktion einer diplomatischen Einheit der Deutschen aufrechterhalten, führte jedoch de facto zu einer wenig zielgeleiteten Außenpolitik, die lediglich eines war: *„eine Exteriorisation innerer Spannungen“*.

#### Versailles und die Weimarer Republik

Der Umsturz von 1918 fegte nicht nur Hohenzollern und Habsburger von ihren Thronen, sondern auch die deutschen Territorialfürsten; zusammen mit dem Zerfall der Donaumonarchie wäre damit der Weg zu einer echten deutschen Einheit frei geworden. Das Erreichen dieses Ziel hätte auch den Geburtsfehler

der deutschen Demokratie, die nicht durch eigene Kraft, sondern durch eine militärische Niederlage und die Vorgaben der Siegermächte entstanden war, wettmachen können.

Der Vertrag von Versailles verstellte diese Möglichkeit. Durch die Demokratisierung der Gesellschaft hatte sich nicht nur die Art der Kriegsführung, sondern auch die Art des Friedensschlusses grundlegend geändert. Zu Zeiten der Fürstenherrschaft waren Kriege geführt worden, um politische Streitigkeiten zu lösen; im Anschluss wurde Friede geschlossen, der in der Regel

territoriale Veränderungen mit sich brachte. In der demokratisierten Gesellschaft, insbesondere in Demokratien mit auf Wehrpflicht basierenden Massenheeren, ist Krieg dagegen verpönt. Es bedarf eines besonderen Grundes wie der Verteidigung gegen einen Aggressor oder des Kampfes gegen einen Tyrannen, um Kriege vor dem eigenen Volk rechtfertigen zu können. Der emotionslose Krieg der Aristokraten wird damit zum emotional aufgeladenen Waffengang zwischen Völkern; nicht nur der gegnerische Herrscher ist der Feind, sondern das ganze Volk. Nicht Armeen kämpfen gegeneinander, sondern Völker. Ein emotionsloser Friede, der sich ganz der Beilegung der ursprünglichen Streitigkeit widmet, wird damit erschwert. Da der Krieg vor dem eigenen Volk als gerecht dargestellt wird, muss (!) der Gegner Schuld auf sich geladen haben und ist dementsprechend zu bestrafen.

Mitverursacht von der französischen Hysterie nach dem verlorenen Krieg von 1870/71, sieht Bibo im Vertrag von Versailles den größten Verstärker der deutschen Hysterie und die wichtigste Ursache der folgenden Ereignisse. Friedensdik-



tat statt maßvollem Friedenspakt, Kriegsschulderklärung des deutschen Volkes, undefinierte Reparationen, totale Entwaffnung und Nichtanwendung des Selbstbestimmungsrechts der Völker auf die Deutschen sind für ihn die Drachensaat dieses Vertrages. Dementsprechend waren die Ambitionen der deutschen Außenpolitik in der Weimarer Republik auf seine Abänderung gerichtet: ein Ziel, das alle politischen Kräfte von ganz rechts bis ganz links einte. Dass die demokratischen Parteien in dieser Frage mit Ausnahmen weniger, kleinerer Erfolge durch Gustav Stresemann wegen der Unnachgiebigkeit der Siegermächte keine Fortschritte erreichen konnten, ist für Bibo das Menetekel der jungen demokratischen Republik.

Dies führte zur letzten Sackgasse, dem „Dritten Reich“. Hitler, dessen Bewegung auf dem zunehmenden Auseinanderklaffen zwischen dem Streben nach Freiheit und Demokratie einerseits sowie Gemeinschaftssinn und Nationalismus andererseits erwuchs, wurde zu einer weiteren, besonders fatalen Scheinlösung: *„Das Problem bestand darin, dass eine politische Konstellation entstanden war, in der eine auf Massaker eingestellte Partei als einzige politische Garnitur auftrat, die in der Lage zu sein schien, die anhängigen inneren und äußeren Fragen der deutschen Nation zu erledigen.“*

•  
Ist die Hysterie überwunden?  
•

So interessant, wenngleich nicht immer überzeugend, Istvan Bibos historische Ausführungen sein mögen, liegt die Stärke seines Essay doch vor allem in seinen grundsätzlichen Erwägungen. Sein Kon-



Victoria – Die Vereinigung von Nord- und Süddeutschland 1871; Anton von Werner, 1880

zept der politischen Hysterie kann durchaus als Erklärungsmuster für politische Entscheidungen und Entwicklungen der Gegenwart dienen. *„Die Erinnerung an die Erschütterung wird dominierend. Die daraus richtig oder unrichtig gezogene Lehre sowie die Sehnsucht nach einer hundertprozentigen Garantie auf die Unwiederholbarkeit einer solchen Katastrophe rücken in den Vordergrund. [...] Das hysterische Weltbild ist geschlossen. Es erklärt und rechtfertigt alles. Die Leute der falschen Kompromisse gelangen in den Vor-*

*dergrund. Auf der anderen Seite werden Persönlichkeiten, die sich einen klaren Blick und klares Urteilsvermögen bewahrt haben, ins Abseits gedrängt. [...] Die Symptome der zwischen Selbstbild und Realität entstandenen Diskrepanz machen sich bemerkbar: Machthypertrophie und Minderwertigkeitskomplex.“*

Gemessen an diesen Beschreibungen scheint nicht nur Deutschland, sondern der gesamte Westen in einen ähnlichen Zustand verfallen zu sein. Die eigene Zivilisation wird zu einer Ansammlung abscheulicher Verbrechen umgedeutet, die es abzustreifen gilt, während gleichzeitig die aus dieser Zivilisation entstandene Gesellschaftsform als Allheilmittel für die ganze Welt angepriesen wird. *„Den eigenen Missständen konnten sie [die Deutschen] nicht abhelfen, deshalb verkündeten sie, dass die Genesung der Welt von ihnen komme.“* Was also steht Europa bevor, wenn man Istvan Bibos Ausführungen für zutreffend hält? *„Nach der Katastrophe folgen entweder Ernüchterung und Genesung oder im unglücklicheren Fall eine erneute und noch schwerwiegendere Hysterie.“*

# Rechtspopulismus und soziale Frage

Von Nigro Montanus



Parallel zum wachsenden Erfolg des Rechtspopulismus ist auch die Frage nach den Gründen seines Erfolgs zunehmend präsent geworden. Sei es vonseiten des grob als „Establishment“ zusammengefassten politmedialen Komplexes aus Parteien, Zeitungen, NGOs und Intellektuellen, der sich einhellig im „Kampf gegen rechts“ zusammenfindet und nach Demontagestrategien sucht. Sei es vonseiten der Rechtspopulisten selbst, die nach Potentialen suchen, den bisherigen politischen Erfolg zu verfestigen und zu erweitern.

Besonders populär, zunächst innerhalb der erstgenannten Gruppe, ist die These bezüglich der sogenannten „Abgehängten“. Aus dieser Sicht sammeln sich im rechtspopulistischen Lager schlicht die „Verlierer“ gegenwärtiger Globalisierungsprozesse, um ihre Frustration auf (zumindest aus Sicht linker Intellektueller) destruktive, rückwärtsgewandte Weise auszudrücken. Eine Reihe von Büchern haben diese These vertieft und zu einem gängigen Erklärungsmuster gemacht, bekanntgeworden ist beispielsweise Didier Eribons *Rückkehr nach Reims*, worin Eribon, Soziologieprofessor in der Hauptstadt, den Erfolg des Front National im ehemals sozialdemokratisch geprägten Arbeitermilieu der französischen Provinz beschreibt, oder *Lütten-Klein* von Steffen Mau, ebenfalls Soziologieprofessor in der Hauptstadt, das die Frustration vieler Ostdeutscher über gebrochene Aufstiegs- und Wohlstandsversprechen nach der Wende am Beispiel des Rostocker Plattenbauviertels Lütten-Klein schildert.

Neu indes ist seit einigen Jahren das Aufgreifen dieser Erklärungsansätze von rechts. Im Zuge von Querfront-Ansätzen, die eine rechte, nationalkonservativ orientierte Globalisierungskritik mit linken Deutungsmustern koppeln, tauchen die „Abgehängten“ nunmehr als „Soziale Frage von rechts“

auf – diesmal nicht als latent naserümpfend und abwertend rezipiertes Problemphänomen, sondern als politische Strategie: Der „Solidarische Patriotismus“ soll die Abgehängten gezielt mit klassenkämpferisch gefärbter Rhetorik ansprechen, während die linksliberalen Eliten, die gutqualifizierten „Anywheres“ als Neo-Bourgeoisie zum neuen rechtsmarxistischen Klassenfeind erklärt werden. Diese Haltung hat in den letzten Jahren zunehmend an Popularität gewonnen und schickt sich an, die Meinungsführerschaft innerhalb der rechten Opposition zu übernehmen. Doch beschreibt sie tatsächlich die Wirklichkeit?

A. Ist der „Solidarische Patriotismus“ tatsächlich der Grund für die AfD-Erfolge in Ostdeutschland?

Es scheint, als hätte Deutschland als chronisches Experimentierlabor und Experimentierlaboropfer der westlichen Moderne wieder einmal die Ehre, zum Prüfstein einer politischen Theorie zu werden. Denn der deutsche Rechtspopulismus in Gestalt der AfD ist gespalten: In den ostdeutschen Landesverbänden ist ein mit ostalgischer Kapitalismuskritik versetzter Querfrontansatz federführend, in den westdeutschen dagegen ein eher pro-amerikanisch



### Wählerumfrage:

*Welche Partei sorgt am ehesten für soziale Gerechtigkeit?*

*Sachsen: Linke 27%, SPD 23%, CDU 18%, AfD 12%*

*Thüringen: Linke 35%, SPD 15%, CDU 15%, AfD 12%*



ausgerichteter Liberalkonservatismus. Dabei gibt der Erfolg vor allem den Ostverbänden recht: Sie erhalten in der Regel über 20% der Wählerstimmen, während die Liberalkonservativen im Westen sich häufig mit Ergebnissen im einstelligen Bereich begnügen müssen. Es nimmt also nicht wunder, dass die solidarischen Patrioten den Unterschied mit dem Aktivierungspotential ihrer Programmatik erklären und zunehmend eine Ausrichtung der AfD in ihrem Sinn fordern. Doch ist der Zusammenhang zwischen solidaripatriotischer Programmatik und Wählerzuspruch überhaupt gegeben?

Überprüft werden kann diese Frage recht einfach: Läge die Ursache für den größeren Zuspruch im Osten tatsächlich in der sozialen Orientierung der Ost-Verbände, müsste das in den Umfragen der Meinungsforscher sichtbar werden, die AfD müsste also in Ostdeutschland wesentlich als soziale Partei wahrgenommen und gerade wegen ihrer sozialen Ausrichtung gewählt werden. Genau das ist allerdings nicht erkennbar.

Beginnen wir in Sachsen, wo die AfD 2019 mit 27,5% ihren bis dato größten Erfolg erzielte. Fragt man den sächsischen Wähler, welche Partei seines Erachtens für „soziale Gerechtigkeit“ stünde, findet sich die AfD allerdings laut Wählerumfragen der *Tagesschau* auf dem letzten Platz wieder. (Die Grünen tauchen faszinierenderweise in den Fragen nach „sozialer Gerechtigkeit“ bei der ARD niemals auf, was vermuten lässt, dass sie noch hinter der AfD lägen, von den grünenfreundlichen ARD-Mitarbeitern aber vor dieser unschmeichelhaften Bloßstellung durch Verschweigen geschützt werden.)

Dennoch hat die AfD wohlgernekt in Sachsen ein herausragendes Ergebnis erzielt. Unter den Motiven, wieso die Wähler sich für die AfD entschieden haben, stoßen wir allerdings auf ganz andere Gründe: Ganz oben stehen Zuwanderung und Kriminalität, auch Protestwahl spielt eine Rolle, soziale Fragen dagegen sind klar untergeordnet.

Deckungsgleiches Bild in Thüringen: Obwohl dort mit Björn Höcke die populäre Symbolfigur des „Solidarischen Patriotismus“ waltet, wird auch die Thüringer AfD von der Allgemeinheit in keinsten Weise als soziale Partei wahrgenommen. (Der Themenkomplex „Löhne/Rente“ wirkt womöglich auf den ersten Blick wie ein potentielles *SolPat*-Thema, taucht allerdings auch bei den anderen Parteien in ähnlicher Höhe auf. Es scheint also eine ganz allgemeine Sorge zu sein, aus der keine spezifische Parteipräferenz abgeleitet wird.) Was den Wähler dagegen tatsächlich Richtung AfD treibt, zeigt die Abfrage konkreter Ansichten. Es ist dies bis an die 100% der Themenkomplex von Massenmigration, Islamisierung bzw. kurz gesagt das, was die *Neue Rechte* den „Großen Austausch“ nennt. In diesem Kontext tauchen durchaus auch ökonomische Zukunftsängste auf, selbstverständlich, doch wird sich noch zeigen, dass darin keine Präferenz für sozialistische Politik liegen muss. Erstes Fazit also: Die AfD wird im Osten weder als soziale Partei wahrgenommen noch wegen ihrer sozialen Ausrichtung gewählt.

Wenden wir nun den Blick gen Westen, genauer gesagt nach Hamburg, wo 2020 eine Bürgerschaftswahl stattfand. Dort stoßen wir auf das gegenteili-



*Frage an AfD-Wähler:*

*Welches Thema spielt für Ihre Wahlentscheidung die größte Rolle?*

*Sachsen: Zuwanderung 34%, Kriminalität 18%, Soziale Sicherheit 11%*

*Thüringen: Zuwanderung 34%, Löhne/Rente 20%, Kriminalität 17%,*

*Wirtschaft/Arbeit 11%, Soziale Sicherheit 6%*



ge Szenario: Die AfD in Hamburg ist relativ liberal orientiert und ihr gelingt mit kläglichen 5,3% gerade noch der Einzug ins Parlament. Besteht hier ein Zusammenhang? War die AfD in Hamburg aufgrund der liberalen Ausrichtung des Wahlkampfes außerstande, die unteren Einkommenssegmente, die ökonomisch Frustrierten anzusprechen? Diese durchaus nachvollziehbare Vermutung wird allerdings wiederum nirgendwo in den Wahlumfragen abgebildet. Stattdessen stößt man auf den bemerkenswerten Umstand, dass in Bezug auf die soziale Wahrnehmung der AfD zwischen Hamburg, Sachsen, Thüringen und Baden-Württemberg kaum ein signifikanter Unterschied feststellbar ist.

Richtig ist zwar, dass der Anteil derjenigen, die ihre eigene wirtschaftliche Lage subjektiv als „schlecht“ einschätzen, bei der AfD in Ost und West signifikant höher ist: Wo die meisten anderen Parteien an die 90% wirtschaftlich zufriedene Wähler aufweisen, sind es bei der AfD je nur um die 75%. Dennoch ist dieser Wert immer noch verhältnismäßig hoch: Wenn 3/4 aller AfD-Wähler gar keine akuten ökonomischen Probleme empfinden, kann darin kaum ein zentrales Wahl-Motiv gesehen werden. Bemerkenswert ist überdies, dass der Anteil an sich wirtschaftlich bedrängt Fühlenden in Ost und West quasi identisch ist. Das zeigt, dass die schwachen Ergebnisse im Westen gerade nicht durch eine geringere Mobilisierung von wirtschaftlich Unzufriedenen verursacht wurden.

Das zweite Fazit lautet also: Worin auch immer die Gründe für das fraglos desolate Abschneiden in Hamburg (bzw. das allgemein schlechtere im Westen) liegen mögen, es sind nicht die programmatischen Unterschiede in Bezug auf eine liberale oder soziale

Ausrichtung der jeweiligen Landesverbände. Nicht jede Korrelation ist eine Kausalität – und genau diese klassische Fehlinterpretation liegt hier vor. Wenn die AfD auch den höchsten Anteil an ökonomisch Unzufriedenen unter ihren Wählern versammelt, so wird sie doch gleichzeitig als die neben den Grünen am wenigsten soziale Partei wahrgenommen.

Weder die eigene ökonomische Lage noch die soziale Ausrichtung der AfD war bei den bisherigen Wahlen entscheidend. Vielmehr scheint es, als wäre die AfD längst in ihrer eigenen diskursiven Parallelgesellschaft gefangen: Während intern immer erbittertere Konflikte zwischen dem sozialen/proletarischen/„grundsätzlichen“ und dem liberalen/bürgerlichen/„gemäßigten“ Flügel als ein Kampf um Sein oder Nichtsein geführt werden, nehmen die Wähler solche regionalen Programm-Unterschiede offensichtlich kaum wahr. Die AfD wird bundesweit relativ einheitlich rezipiert und gerade sozialpolitische Aspekte sind länderübergreifend dabei weitgehend irrelevant. Die Frage, was die AfD im Westen weniger erfolgreich macht, kann damit zunächst nicht beantwortet werden. Das angebliche „solidarpatriotische Erfolgsrezept“ (Benedikt Kaiser) war es zumindest bei den bisherigen Wahlen nicht.

**B. Ist die AfD besonders bei Arbeitern und Geringverdienern erfolgreich?**

In Frage A ging es um die programmatische Ausrichtung, Frage B dreht sich um die Zielgruppe: Ist die AfD im speziellen bei Arbeitern und Geringverdienern bzw. in traditionellen „Arbeitermilieus“ wie dem Ruhrgebiet erfolgreich, wo die Menschen bereits die negativen Auswirkungen von Globali-



*Ansichten der AfD-Wähler in Thüringen:*

*Ich mache mir Sorgen, dass der Islam zu stark wird: 95%*

*... die Kriminalität künftig stark zunimmt: 94%*

*... wir einen Verlust der deutschen Kultur und Sprache erleben: 88%*

*... ich meinen Lebensstandard nicht mehr halten kann: 50%*



sierung und Einwanderung zu spüren bekommen? Kann die AfD vielleicht sogar, wie es aus den Rängen der Solidarpatrioten gelegentlich tönt, als neue „Arbeiterpartei“ verstanden werden?

Glücklicherweise ist diese Frage bereits 2018 vom Informationsdienst der deutschen Wirtschaft untersucht worden. Doch auch hier zeigt sich, dass ökonomische Kennzahlen die AfD-Erfolge nicht erklären können. AfD-Hochburgen existieren sowohl in den hochgradig arbeitslosen, proletarisch geprägten Regionen des Ruhrgebiets, wie im ländlich geprägten CSU-Kernland Ostbayern, wo nahezu Vollbeschäftigung herrscht. Es gibt sie sowohl in den liberalen Gutverdiener-Regionen Süddeutschlands als auch im strukturschwachen, kapitalismuskritischen Osten. Diese Regionen sind ökonomisch und soziologisch kaum auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Sie scheinen überdies auch unabhängig vom lokalen Migrantenanteil vor Ort zu sein, der speziell in Ostbayern und Sachsen relativ niedrig ist.

Die Annahme, dass der AfD-Wähler aufgrund einer unmittelbaren sozioökonomischen Betroffenheit zum Rechtspopulismus griffe, wird also nicht bestätigt. Allenfalls, so zeigen ernsthaftere Deutungsversuche, zeichnet der AfD-Wähler sich durch ein subjektives Bedrohtheitsgefühl aus, das von seiner objektiven ökonomischen Situation weitgehend unabhängig zu sein scheint. *„Es geht nicht um Arbeitslosigkeit, sondern um die Angst davor. Nicht um Armut, sondern um die Befürchtung, seine gesellschaftliche Stellung nicht halten zu können. Ob jemand die AfD wählt, hängt vor allem von der subjektiven Wahrnehmung ab und weniger von objektiven Kriterien wie dem Einkommen“*, stellt eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung fest.

Ökonomische Aspekte spielen dabei nur eine untergeordnete Rolle: *„Es ist ein Gefühl des Kontrollverlustes, des Fremdbestimmtheits, das offenbar bei den AfD-Wählern vorherrscht. Man fürchtet sich vor Globalisierung, offenen Grenzen und hoher Zuwanderung. Ausgeprägt sind die Zweifel am Funktionieren der Demokratie und an der Glaubwürdigkeit politischer Institutionen. Viele AfD-Wähler fühlen sich von der Politik vernachlässigt. Nur sieben Prozent haben Vertrauen in die Bundesregierung, während es über alle Wählergruppen hinweg 35 Prozent sind.“*

Das ist eine außerordentlich wichtige Erkenntnis. Denn wenn wir hier den Begriff „Angst“, der in Establishment-Kreisen gerne zur Pathologisierung und Abwertung der ungeliebten Abweichler verwendet wird, sozusagen nach rechts wenden, dann lautet er: Problembewusstsein. Natürlich zählen auch ökonomische Aspekte zum Niedergangsszenario, das vom AfD-Wähler befürchtet wird, doch zu seinem Problembewusstsein kommt er gerade nicht dadurch, dass er in seinem persönlichen oder beruflichen Umfeld von den negativen Folgen der Globalisierung betroffen wäre. Stattdessen taucht ein der eigenen sozialen Lage übergeordnetes Werteprofil auf: Souveränitätsverlust, Ablehnung von Migration und Globalisierung, Skepsis gegenüber den ihm entfremdeten Institutionen.

Wie diese Haltungen zustande kommen, wissen wir an dieser Stelle schlichtweg nicht. Denn jede Studie fragt nur das ab, was für sie von Interesse ist, und da der politische Diskurs von ökonomistischen Prämissen geprägt ist – sei es aus liberalkapitalistischer oder sozialistischer Sicht – so werden nur diese Aspekte systematisch behandelt. Doch was aus



*Anteil der AfD-Wähler,  
für die „soziale Sicherheit“ die größte Rolle bei der Wahlentscheidung spielt:  
Sachsen 11%, Thüringen 6%, Hamburg 13%, Baden-Württemberg 11%*



Plattenbau in Leipzig

einer ökonomistischen Gesellschaftsinterpretation heraus als „Abstiegsangst“ aufscheint oder vom Antifaschismus-Aktivisten als „Rassismus“ skandalisiert wird, ist letztlich vielleicht doch dieser tote Winkel der menschlichen Konstitution, den die linksliberalen Politikeliten in ihrer utopischen Transformations- und Dekonstruktionsbesessenheit weder sehen noch berücksichtigen wollen: Heimatverbundenheit, Verantwortungsgefühl gegenüber dem eigenen Land und dessen Zukunft, der Wunsch nach Bewahrung eigener Werte, eigener Kultur – auch über den Horizont individueller Befindlichkeit hinaus.

Zugestanden sei dabei, dass sich seit 2017 die Situation in Deutschland durchaus verschoben hat: Lagen noch 2017, quasi zur Blütezeit der Protestwahl, die AfD-Wähler durchaus im soliden, nationalen Mittel, so ist der AfD-Durchschnittswähler in den letzten Jahren zunehmend Richtung „gering gebildete Männer der finanziellen Unterschicht“ gewandert. Doch geht diese Entwicklung eben gerade nicht mit der Erschließung neuer Wählerschichten einher, sondern mit dem Gang ins Abseits, mit dem Verlust von Wählerzuspruch und gesellschaftlicher Akzeptanz, gerade in Westdeutschland. Sie ist kein



*Anteil der AfD-Wähler,  
die ihre persönliche wirtschaftliche Situation als „gut“ einschätzen:  
Sachsen 75%, Thüringen 75%, Hamburg 74%, Baden-Württemberg 72%*



Landhäuschen in Bayern

Grund zum Jubeln, sondern lediglich Ausdruck wachsender Isolation.

Richtig und in jeder Wahlanalyse sichtbar ist überdies auch der hohe Anteil von „Arbeitern“ bei den AfD-Wählern. Hier muss aber zunächst einmal reflektiert werden, dass das, was die zeitgenössische Statistik unter „Arbeiter“ versteht, mittlerweile weit von den klassenkämpferischen Klischees des 19. Jahrhunderts entfernt ist. Sie drückt lediglich die Art der Tätigkeit aus: Der „Arbeiter“ ist jemand, der sein Geld mit körperlich orientierter Arbeit verdient, der „Angestellte“ ist jemand, der sein Geld

mit primär geistig orientierter Arbeit verdient. Dabei verschwimmen in der Berufswelt der Gegenwart die Grenzen zunehmend: Durchaus fällt unter die Schublade des „Arbeiters“ der gesamte Niedriglohn-Zeitlohn-Sektor, gleichzeitig aber ist der Facharbeiter (also der Arbeiter mit abgeschlossener Ausbildung und Berufserfahrung) auf dem Arbeitsmarkt begehrt und wird in der Regel gut bezahlt.

Durchaus fällt umgekehrt das Segment der Akademiker und Führungskräfte unter die „Angestellten“, gleichzeitig aber auch die breite Masse an mittelmäßig verdienenden Büroangestellten, und



*Erwerbstätige nach ihrer Stellung 1965 - 1980 - 1995 - 2010 - 2018:*

*Arbeiter: 48,6% - 42,3% - 36,0% - 25,3% - 16,6%*  
*Angestellte: 26,3% - 37,2% - 46,6% - 57,9% - 65,1%*  
*Sonstige: 25,1% - 20,5% - 17,4% - 16,8% - 18,3%*



gerade im sozialen und geisteswissenschaftlichen Bereich ist die Entlohnung oft mäßig, die Arbeitsverträge lediglich befristet oder Teilzeit. Der Unterschied zwischen Arbeiter und Angestelltem wird heute also entgegen aller marxistischen Romantik im Gros eher im Habituellen als in den materiellen Verhältnissen oder gar Klassen-gegensätzen zu suchen sein. Der eigentliche Haken an der Fokussierung auf das Arbeitermilieu aber ist, dass es im Zuge des Strukturwandels in unseren westlichen Industrieländern quantitativ nur noch eine Randgruppe stellt. Der Anteil von Arbeitern bei den Beschäftigten sinkt von Jahr zu Jahr und liegt heute nur noch bei 16,6%.



Das Bild des Globalisierungsverlierers aus Sicht vieler Mainstream-Medien, ...

Die Arbeiterklasse, das gilt es also zu akzeptieren, existiert in der Gegenwart westlicher Gesellschaften primär nur noch als politischer Mythos, während ihr reales Wählerpotential mittlerweile marginal ist. Bereits die Linkspartei hat das in Westdeutschland schmerzhaft zu spüren bekommen, und der solidarische Patriot macht sich aus seiner ureigenen, von Jünger, Spengler und Konsorten gespeisten Perspektive lediglich daran, die Borniertheit zeitgenössischer Salonsozialisten von rechts zu reproduzieren.

In der realen Gesellschaft dagegen liegt der Abiturientenanteil mittlerweile bei 50%, drei Viertel aller Berufstätigen zählen zur Gruppe der „Angestellten“. Hier liegt die Mitte der Gesellschaft, und will die AfD „Volkspartei“ sein – und diesen Anspruch betonen bekanntlich gerade die Anhänger des „Solidarischen Patriotismus“ unentwegt – dann

muss sie auch das Volk ansprechen. „Arbeiterpartei“ oder „Volkspartei“ – was als Gemeinsames phantasiert wird, ist im 21. Jahrhundert faktisch zum Widerspruch geworden. Es ist offenkundig: Wer wirklich Volkspartei sein will, wer überdies eine hegemoniale Wende als langfristiges politisches Ziel verfolgt (und das tut die *Neue Rechte* bekanntermaßen) kann nicht „Arbeiterpartei“ sein, sich mit Erfolgen in diesem Segment

der Gesellschaft zufriedengeben oder gar die künftige, politische Strategie danach ausrichten.

**C. Erzeugt der Globalismus einen neuen Klassenkampf?**

An diesem Punkt der Auseinandersetzung stoßen wir nun auf eine grundlegende Frage: Wieso überhaupt die Arbeiter, die Prekären, die Schlechtverdiener, also grob gesagt die ökonomisch untere Hälfte der Gesellschaft? In Bezug auf die aktuelle politische Situation lässt sich die solidaripatriotische Sichtweise folgendermaßen skizzieren: Die Globalisierung als aus solidaripatriotischer Perspektive eminent kapitalistischer Vorgang erzeugt Profiteure und Verlierer. Die Profiteure sind die linksgrünen, urbanen „Anywheres“, die im Sinne eines marxistischen Begriffsrevivals mit dem „Bürgertum“ gleichgesetzt werden. Dieser vagen Gruppe wird nun unterstellt, dass sie als ökonomische Profiteure gegenwärtiger Politik diese selbstredend weiter wählen werden, d.h. sie nehmen in Bezug auf die



*Wahlergebnisse der Arbeiter nach Region:*

*Sachsen: AfD 41%, CDU 25%, Linke 10%, Grüne 5%, SPD 5%, FDP 4%*

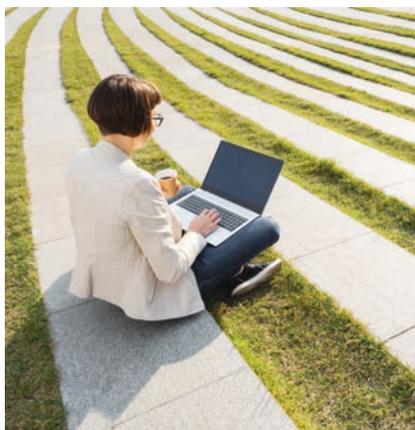
*Hamburg: SPD 40%, Grüne 16%, AfD 14%, Linke 11%, CDU 8%, FDP 3%*

*Baden-Württemberg: AfD 26%, CDU 23%, Grüne 20%, SPD 10%, FDP 8%, Linke 3%*



Globalisierung sozusagen eine Klassenperspektive ein.

Die Verlierer dagegen, eine Gruppe, worin ebenso undifferenziert Begriffe wie „Arbeiter“, „Volk“ oder „Unterschicht und abstiegsbedrohte Mittelschicht“ verquirlt werden, bilden das potentielle Wählerreservoir des sozialistisch orientierten Rechtspopulismus. Denn sie sind die Verlierer von Globalisierung und Masseneinwanderung, sie sind dem Wettbewerb sowohl



... und das der Globalisierungsgewinnerin aus gleicher Sichtweise.

des globalen Marktes als auch der Konkurrenz und zunehmenden Verdrängung durch Migranten ausgesetzt. Gleichzeitig haben die ehemals linken Parteien die Unter- und Mittelschicht weitgehend aufgegeben und engagieren sich nur noch für neulinke Wohlstandsthemen wie Energiewende oder LGBT. Die Frucht ist also gewissermaßen reif, gepflückt zu werden, und alles, was die Rechten noch benötigen, ist „Solidarischer Patriotismus“ – oder wie Galionsfigur Björn Höcke es ausdrückt: *„Nur mit einem klaren sozialpolitischen Profil läßt sich die große Wählergruppe der »kleinen Leute« gewinnen, die am meisten unter den Zumutungen der Globalisierung, des Klimawahns (Strompreise!) und den Migrationsfolgen leidet.“*

Doch damit dieses Szenario als AfD-Gewinnerstrategie funktioniert, müssen zwei wesentliche Annahmen zutreffen: Erstens muss durch die gegenwärtige Politik die Anzahl wirtschaftlich Unzufriedener hoch sein oder zumindest wachsen. Und zweitens muss dieser Kreis primär durch linksorientierte Programmatik aktivierbar sein. Jedoch, der

Leser ahnt es vielleicht bereits: Diese Annahmen bestätigen sich abermals in der Realität nicht. Zumindest was wirtschaftliche Parameter betrifft, scheint die Politik unter Angela Merkel nämlich durchaus ein Erfolgsmodell zu sein. Die wirtschaftliche Zufriedenheit wuchs 15 Jahre lang kontinuierlich an, auch die Massenmigration von 2015 hatte darauf keinen Einfluss. Ein bedeutsamer Unterschied zwischen Ost und West

ist mittlerweile auch nicht mehr vorhanden. Wo hier eine „abstiegsbedrohte Mittelschicht“ ist, die unter „Zumutungen der Globalisierung“ zugrunde gehen soll, bleibt ein Rätsel. Man muss es geradezu als Wunschdenken bezeichnen.

Und selbst die Assoziation von Arbeiterschaft und sozialistischer Weltanschauung erweist sich bei näherem Hinsehen als bloßes Klischee. Was der Arbeiter wählt, ist vielmehr stark von regionalen Milieus abhängig: Klassisch sozialdemokratisch wählt er nur in den urbanen Gebieten Westdeutschlands wie dem Ruhrgebiet oder Hamburg. In der AfD-Hochburg Sachsen dagegen, einem Bundesland, das seit der Wende CDU-regiert ist und dabei von allen ostdeutschen Ländern die beste wirtschaftliche Entwicklung genommen hat, ist es nicht die Sozialdemokratie, sondern die liberalkapitalistische CDU, die hauptsächlich mit der AfD um die Arbeiterstimmen konkurriert. Und auch in Baden-Württemberg (von Bayern ganz zu schweigen) sind die Arbeitermilieus traditionell tiefschwarz. Gerade in Süddeutschland, gerade im ländlichen Raum besaß der Sozialismus



*„Ich halte diesen Krieg gegen das Liberale bzw. die Liberalen in der AfD für katastrophal falsch, weil man sich doch über den Punkt der Normalität ganz und gar einig sein könnte. Dieser antikapitalistische Reflex, hier der Arbeiter, dort der Ausbeuter [...], das halte ich für einen überhaupt nicht zeitgemäßen Kampf.“  
(Götz Kubitschek)*



und die von ihm selbsternannte „Arbeiterbewegung“ als sozialistische Deutung gesellschaftlicher Prozesse nie sonderlich viel Sympathie, im Gegenteil ist die Abneigung gegen „die Roten“ dort oft tief verwurzelt.

*„Rentner und Beamte sind in der Wählerschaft leicht über-, die Angestellten leicht unterrepräsentiert. Letzteres gilt seit den 1980er-Jahren auch für die Arbeiter, was den Charakter der CDU/CSU als einer schichtübergreifenden Volkspartei unterstreicht. Größere Einbrüche in dieser Gruppe hatte die Union seit der Wiedervereinigung nur bei den Bundestagswahlen 1994 und 1998 zu verzeichnen. Seit 2009 liegt sie bei den Arbeitern in absoluten Zahlen sogar vor der SPD.“*, berichtet die *Bundeszentrale für politische Bildung* über die Wählerschaft der CDU.

Während also die Querfront-Strategie darauf hinausläuft, die ständig wachsende Anzahl von wirtschaftlich Bedrängten mit sozialistischer Politik von rechts abzuholen, gibt es in der Realität weder eine wachsende Anzahl von wirtschaftlich Bedrängten, noch sind diese unteren Schichten mehrheitlich sozialistisch orientiert. Durchaus, so viel sei zugestanden, ist die Sozialstaatsorientierung im deutschen Volk übergreifend stark ausgebildet, soziale Themen spielen bei jedem Wahlkampf zweifellos eine gewichtige Rolle. Dennoch, so qualvoll dem überzeugten solidarischen Patrioten dieser Gedanke auch sein mag, ist ein bedeutender Teil des deutschen Arbeiter- und Kleinbürgertums traditionell pro-kapitalistisch und pro-liberal orientiert – wenngleich darunter vielleicht weniger ein neoliberaler Raubtierkapitalismus im Sinne Milton Friedmans und der US-Neocons verstanden werden mag, als vielmehr die eingedeutschte „soziale

Marktwirtschaft“ Ludwig Erhards, also ein Kapitalismus mit konservativer Werteorientierung und sozialem Ausgleich.

D. Fazit

Die bis heute anhaltende Spaltung Deutschlands ermöglicht auf analytischer Ebene, die Wählermotivation genauer zu untersuchen und womöglich auch Rückschlüsse auf andere europäische Länder zu ziehen. Doch erweist sich, dass die Adaption linker Ansätze, die das Wahlverhalten primär aus sozioökonomischen Parametern heraus erklären, hier schlicht nicht funktioniert. Weder hat solidaripatriotische Programmatik einen sichtbaren Einfluss auf die Wahlerfolge in Ostdeutschland, noch sind es primär prekäre oder proletarische Milieus, in denen die AfD auf Anklang stößt. Im Gegenteil: Während sowohl traditionelle Linke als ironischerweise auch Konservative häufig der neuen, postmodernen Linken einen Verrat an der Arbeiterklasse vorwerfen, so gibt die gesellschaftliche Entwicklung dieser Abwendung Recht. Denn der „Arbeiter“ ist längst ein quantitativ im Verschwinden begriffenes Milieu.

Doch was ist es nun, was den AfD-Wähler, den Anhänger rechtspopulistischer Parteien im Allgemeinen antreibt? Die Antwort darauf bleibt leider im Dunkeln, am Ende dieser Untersuchung stehen wir mit leeren Händen da, einzig reicher an der Erkenntnis, dass der vermeintliche Goldschatz „Solidarischer Patriotismus“ nur angemaltes Blech war. Statt nur populäre linke Ansätze zu adaptieren, wird das rechte Lager daher in Zukunft eigene Studien erstellen müssen, eigene Ansätze und Theorien zu entwickeln haben, um zu einem tieferen Verständnis im eigenen Sinn zu gelangen. Es bleibt viel zu tun.

# Was das Gemeinwohl wirklich sei?

Von Jörg Mayer



Wenn man nicht weiß, wohin man will, bringt einen kein Schritt dem Ziele näher. Es scheint oft, als würde die rechte politische Publizistik nicht weniger als ihr linkes Pendant heute keine kohärente Vorstellung haben, wie eine funktionierende, tragfähige Gesellschaft in dreißig Jahren ausschauen soll. Man weiß nur, dass es so nicht weitergehen könne, doch wo es um Alternativen geht, zerstäubt das fragile „Mosaik“ bald in zahllose unterschiedliche Visionen – oder kapselt sich ein als sektiererische Orthodoxie.

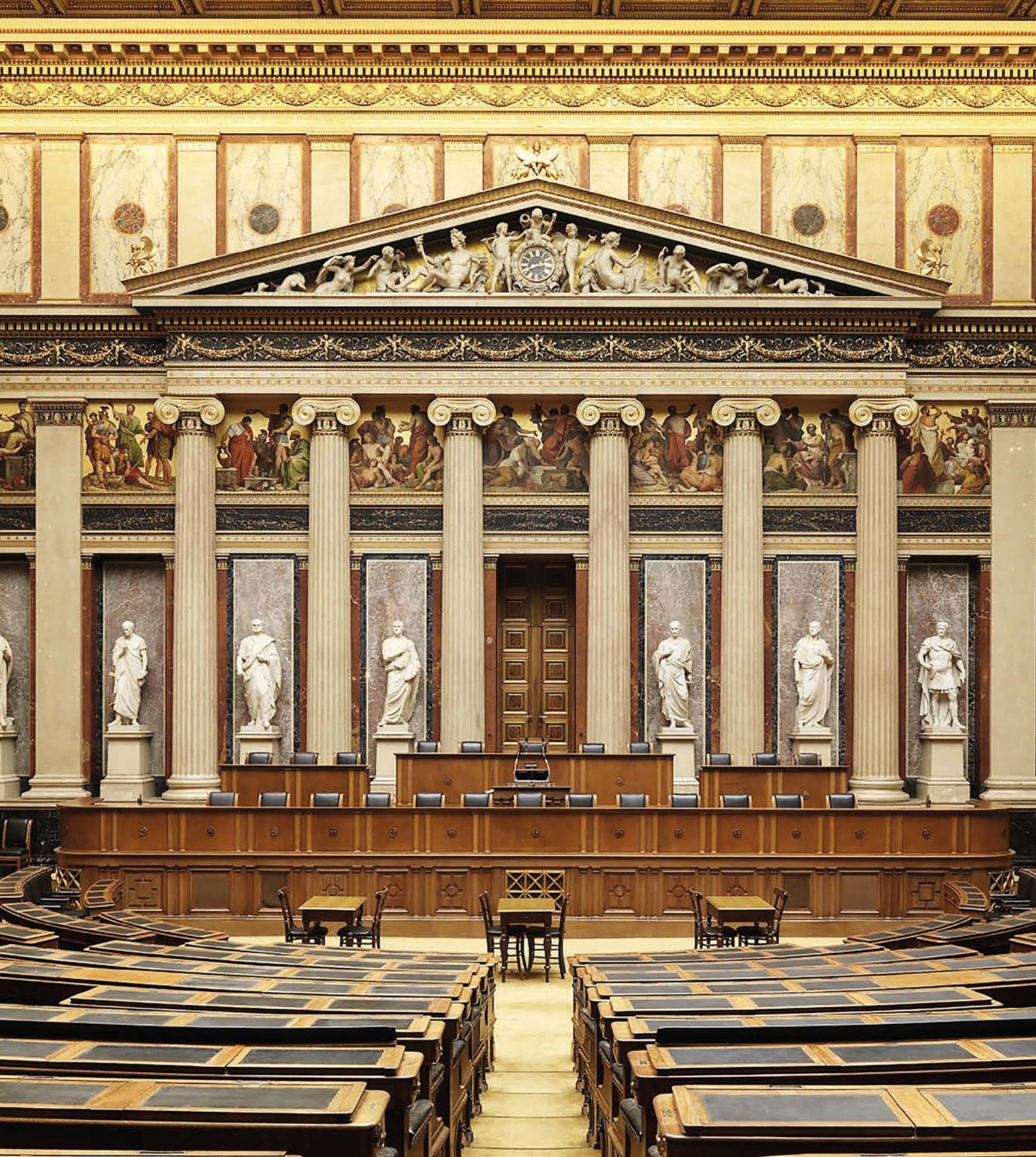
So ist es dann auch kein Wunder, wenn heute jedes Grüppchen, das sich selbst für eine Avantgarde hält, seine eigenen Social-Media-Kanäle unterhält, zwischen zahllosen Vereinen und manchem Rittergut die metapolitische Weltrevolution verfolgt wird und in immer neuen Sonderbuchreihen die stets selben Gedanken, die dieses Mal aber der Stein der Weisen seien, an Mann und Frau gebracht werden. Gleich Alchemisten murmelt man im Angesicht der rohen Stoffe magische Formeln, die wenig mit eigentlicher Wissenschaft und noch weniger mit der Lebensrealität des Volkes zu tun haben, die aber bald die Wende bringen würden!

Der vorangehende Artikel hat hier beispielhaft den Slogan vom „Solidarischen Patriotismus“ auf seine Realitätstauglichkeit überprüft, aber man könnte das natürlich mit vielen der One-size-fits-all-Konzeptionen machen, die immer wieder durch Publikationen rauschen und mit Hoffnungen der Menschen spielen. Mit dem Appell an Einzel- und Klasseninteressen lässt sich eben Stimmung machen, die plurale Gesamtheit eines Volkes dagegen zu repräsentieren, das würde echtes Verständnis verlangen – gerade auch für anders gelagerte Interessen des Mitbürgers. Wer einen der gut

abgesicherten Berufe erwischt hat, wird aber oft nicht nachvollziehen, wie wichtig eine ordentliche Standort- und Beschäftigungspolitik ist. Wer bereits gut wohnt, hat wenig Vorstellung davon, wie entscheidend Raumordnungs- und Wohnbaupolitik für junge Familien ist. Wer stets in den schöneren Vierteln verkehrt, mag schwer begreifen, wie nötig Antimigrations- und Integrationspolitik sind. Wer nur im Home Office arbeitet, weiß nicht, wie viel an einer autofahrerfreundlichen Verkehrs- und Infrastrukturpolitik hängt.

Philosophien des „Verzichts“, wie sie aus unterschiedlichen Richtungen gepredigt werden – sei es von links mit Blick auf die Rettung des „Weltklimas“, aber auch von rechts als „Tradlife“-Sehnsucht nach traditionelleren Lebensformen inmitten postmoderner Entfremdungserfahrungen – gehen an realen gesellschaftlichen Notwendigkeiten, die eine Existenz von Milliarden Menschen auf einem engen Planeten mit sich bringt, vorbei. Das Wesen des Menschen und die Gesetze der Ökonomik markieren, allen hohen Wünschen zum Trotz, die Grenze politischer Möglichkeiten. Eine Volkspartei – wie sie auch die Freiheitliche Partei ist – tut daher immer gut daran, die Welt und die Menschen so zu nehmen, wie sie sind. Es gibt keine anderen.

Es ist nicht die Aufgabe von Parteien, metaphysische Mangelerscheinungen im Menschen zu kompensieren. Das ist das Feld von Kultur und Religion! Eine gute Politik weiß sie zu fördern, aber ohne sich auf ihre Gefilde zu begeben und dort die Böden zu versiegeln, aus denen der Geist organisch wachsen will. Sie ist keine Sozialingenieurskunst, keine industrialisierte Menschenformerei. Sie ist und bleibt nur der treue Dienst am Souverän.



# Österreich

Österreichisches Parlament  
Historischer Sitzungssaal

# „Materielle Demokratie“ – ein vergessener Kampfbegriff

Von Eike Dohr



Bei dem folgenden Beitrag handelt es sich um ein Teilergebnis des Dissertationsprojektes „Die Großdeutschen und die Entstehung des Bundes-Verfassungsgesetzes 1920“

In der Zeit der Erarbeitung des österreichischen Bundes-Verfassungsgesetzes ab 1919 war die „materielle Demokratie“ ein wesentlicher Kampfbegriff – sowohl der Sozialdemokraten als auch der Großdeutschen. Erstere verstanden darunter eine Verstaatlichung oder Vergesellschaftung von Privateigentum durch die „Organisation des Wirtschaftslebens“, letztere hingegen eine berufsständische Vertretung von den untersten staatlichen Verwaltungsebenen bis zur zweiten Parlamentskammer.

**B**eide Konzepte sollten die noch ungeklärte Frage beantworten: Wo beginnt Demokratie in der neuen Verfassung und wo endet sie? Da man die formelle Demokratie durch die Ausrufung der Republik für gegeben erachtete, strebte man nach der Verwirklichung weiterer Ziele. Man wollte die Demokratie – im Tenor jener Zeit – „ausbauen“. Die unterschiedlichen Zugänge der Parteien zu diesen Themenkreisen wurzelten



dabei in den unterschiedlichen politischen, juristischen und ideologischen Überzeugungen ebendieser Zeit.

Die sozialdemokratische Partei begriff sich als eine Klassenpartei der Arbeiterschaft, die vor allem in Wien, aber auch in den Industriebezirken und -gemeinden anderer Länder (insb. Steiermark und Oberösterreich) eine starke Anhängerschaft hatte.<sup>1</sup> Die christlich-soziale Partei war katholisch geprägt und konservativ orientiert, mit Anhängern in der Bauernschaft, im Kleinbürgertum und im Kleingewerbe. Sie vertrat agrarische Interessen, argumentierte aber auch wirtschaftsfreundlich. Ihre Anhängerschaft war insbesondere in den rural geprägten Ländern und kleinen Gemeinden vertreten.

In der Nationalversammlung schlossen sich zudem die Abgeordneten der verschiedenen deutsch-nationalen und freiheitlichen Parteien in der Großdeutschen Vereinigung zusammen. Dieses politische Mosaik verband eine antiklerikale Gesinnung und das Ziel eines Anschlusses an das Deutsche Reich. Diese Standpunkte teilte man mit den Sozialdemokraten, doch die Schnittmenge der Wählerschaft beider politischen Lager war gering: Jene der Großdeutschen bildete das liberale, städtische Bürgertum, insbesondere die Beamtenschaft, da die Abgeordneten der Großdeutschen Vereinigung in wirtschaftlichen Fragen mit den Christlichsozialen eher übereinstimmten.<sup>2</sup>

Bezüglich des Kräfteverhältnisses der Parteien zeigten die Wahlen zur Konstituierenden Nationalversammlung sowie zu den Landtagen in der ersten Hälfte des Jahres 1919, dass die Sozialdemokraten auf Staatsebene fünf Prozentpunkte mehr Stimmen als die Christlichsozialen erzielen konnten, während die Situation auf Länderebene umgekehrt war. Die Großdeutschen vermochten auf Staatsebene um knapp sechs Prozentpunkte mehr Stimmen



Österreichisches Parlament;  
Historischer Sitzungssaal, Glasdach

zu erreichen als auf Länderebene, sie blieben aber deutlich hinter den beiden Großparteien zurück. Daraus resultierte eine bürgerliche Mehrheit (CS 35,93%, GD 18,53%), die Sozialdemokratie kam auf einen Stimmenanteil von 40,75 % und war stärkste Partei. Eine absolute Mehrheit erreichte jedoch keine Partei allein, daran konnte auch die Kooptierung von einzelnen Mandataren aus Gebieten,

in denen nicht gewählt werden konnte, nichts ändern. Die notwendige Verfassungsmehrheit, um dem Namen der Konstituierenden Nationalversammlung gerecht zu werden, erreichten Sozialdemokraten und Christlichsoziale auch nur gemeinsam.<sup>3</sup>

### Die ersten Schritte

Die verfassungspolitischen Aktionsprogramme der beiden großen Parteien, die in Tageszeitungen im Jahr 1919 publiziert wurden, waren bezüglich der „materiellen Demokratie“ äußerst vage. Die Sozialdemokraten wollten ein Einkammersystem im Parlament, die Wahl der Regierung durch das Parlament, den Verzicht auf ein selbstständiges Staatsoberhaupt sowie die wirtschaftliche und soziale Gesetzgebung in der Kompetenz des Bundes. In diesem staatlichen Rahmen sollte später der von Otto Bauer in seinem Werk *Der Weg zum Sozialismus* skizzierte Pfad zu Sozialisierung und Vergesellschaftung beschritten werden. Die Christlichsozialen wollten eine demokratische Verfassung mit dem Volk als Inhaber der Staatsgewalt, wobei entweder das gewählte Parlament oder durch unmittelbare Volksabstimmung das Volk selbst bestimmen sollte. Ein Interesse an einer „materiellen Demokratie“ zeigten sie nicht. Am diesbezüglich konkretesten waren jene verfassungspolitischen Richtlinien, die sich die Großdeutsche Vereinigung im März 1919 gab. Mit



der Forderung nach Reichs-, Land- und Bezirkswirtschaftskammern mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern, die an der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Verwaltung auf den jeweiligen Verwaltungsebenen beratend mitwirken sollten, schlugen sie bereits ein konkretes Konzept vor.<sup>4</sup>

Über die zu schaffende Verfassung wurde in Folge auf mehreren Länderkonferenzen, zunächst in der Staatskanzlei in Wien, später auf Initiative der Länder in Salzburg und Linz, beraten. Waren die Konferenzen in der Staatskanzlei noch Koordinierungsforum zwischen Staatsregierung und Landesregierungen, traten bei den von den Ländern initiierten Konferenzen staatspolitische Fragen sowie Verfassungsfragen in den Vordergrund und wurden über ideologische Grenzen hinweg diskutiert.

Unmittelbar vor Beginn der Linzer Länderkonferenz veranstalteten die deutschnationalen Organisationen in Österreich eine zweitägige Konferenz unter dem Vorsitz des Präsidenten der Nationalversammlung Franz Dinghofer, des oberösterreichischen Landeshauptmann-Stellvertreters Franz Langoth und des niederösterreichischen Abgeordneten der Nationalversammlung Karl Kittinger mit Vertretern aus allen Bundesländern, insbesondere den großdeutschen Abgeordneten der Nationalversammlung und auch zahlreichen Mitglieder der Landtage. Ziel war unter anderem die Erarbeitung eines Verfassungsentwurfs für die großdeutsche Fraktion in der Nationalversammlung, der auf Grundlage eines Vorentwurfs diskutiert wurde. Bei dessen Vorstellung wurde als erste Besonderheit die Idee der Demokratie neben dem formellen auch im materiellen Sinn hervorgehoben, worunter man wirtschaftliche Vertretungskörper, die an der Gesetzgebung mitwirken, verstand. Dies korrespondierte mit dem Bekenntnis zur



Österreichisches Parlament;  
historische Belüftung

Republik sowie der Ablehnung des Klassenkampfes, die ebenfalls betont wurden.<sup>5</sup>

Aus der Perspektive der Großdeutschen sollte der Staatsbürger nicht nur ein Recht auf den ihm zukommenden politischen Anteil an Macht haben, sondern „auch ein Recht auf den ihm zukommenden wirtschaftlichen Anteil an Macht“. Bei der öffentlichen Vorstellung des groß-

deutschen Verfassungsentwurfs anlässlich der Länderkonferenz in Linz betonte Franz Langoth daher, dieser würde – einhergehend mit der formellen – auch die materielle Demokratie beinhalten. Indem Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätisch in einer Institution, in der die Produktion und die Verteilung geregelt werden, vereinigt würden, sollte ein Übereinkommen zwischen Kapital und Arbeit erzielt werden (analog zu den Wirtschaftsräten in der Weimarer Verfassung). Legislatorische Befugnisse kämen den Wirtschaftskammern zwar nicht zu, aber sie wären „zur Mitwirkung bei allen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesetzen berufen“, indem sie Gutachten abgaben. Die gesetzgebenden Körperschaften wären durch solche Gutachten zwar nicht gebunden, doch die Einholung bliebe obligatorisch.<sup>6</sup>

Der Sozialdemokrat Robert Danneberg begrüßte in seiner Replik grundsätzlich das vom Wunsch, den Arbeitsfrieden zu sichern, getragene Ansinnen, verwies jedoch auf den diesbezüglichen sozialdemokratischen Vorschlag im eigenen Verfassungsentwurf. Durch planmäßigen Ausbau der Organisation der Gütererzeugung und -verteilung sollte die „politische Demokratie“ zur „wirtschaftlichen Demokratie“ ausgebaut werden. Der Bund sollte zu diesem Zweck das Recht haben, einzelne Wirtschaftsbetriebe und ganze Zweige der Volkswirtschaft in das Gemeineigentum oder in eine Selbstverwaltung zu überführen. In beiden Fällen wäre die Mitwirkung der dort



*Bundes-Verfassungsgesetz Art. 18, Abs. 1:*

*Die Organisation der Gütererzeugung und der Güterverteilung regeln im Rahmen ihres verfassungsmäßigen Wirkungsbereiches der Bund, die Länder und die Gemeinden. Durch planmäßigen Aufbau dieser Organisation ist die politische Demokratie zur wirtschaftlichen Demokratie zu entwickeln.*



Österreichisches Parlament; Dachbereich

tätigen Arbeiter und Angestellten zu organisieren – „den Arbeitern und Angestellten kann in den Vertretungskörpern, die die wirtschaftliche Selbstverwaltung besorgen, in keinem Falle ein geringer Einfluß zugestanden werden, als den Unternehmern.“<sup>7</sup>

**Der Durchbruch**

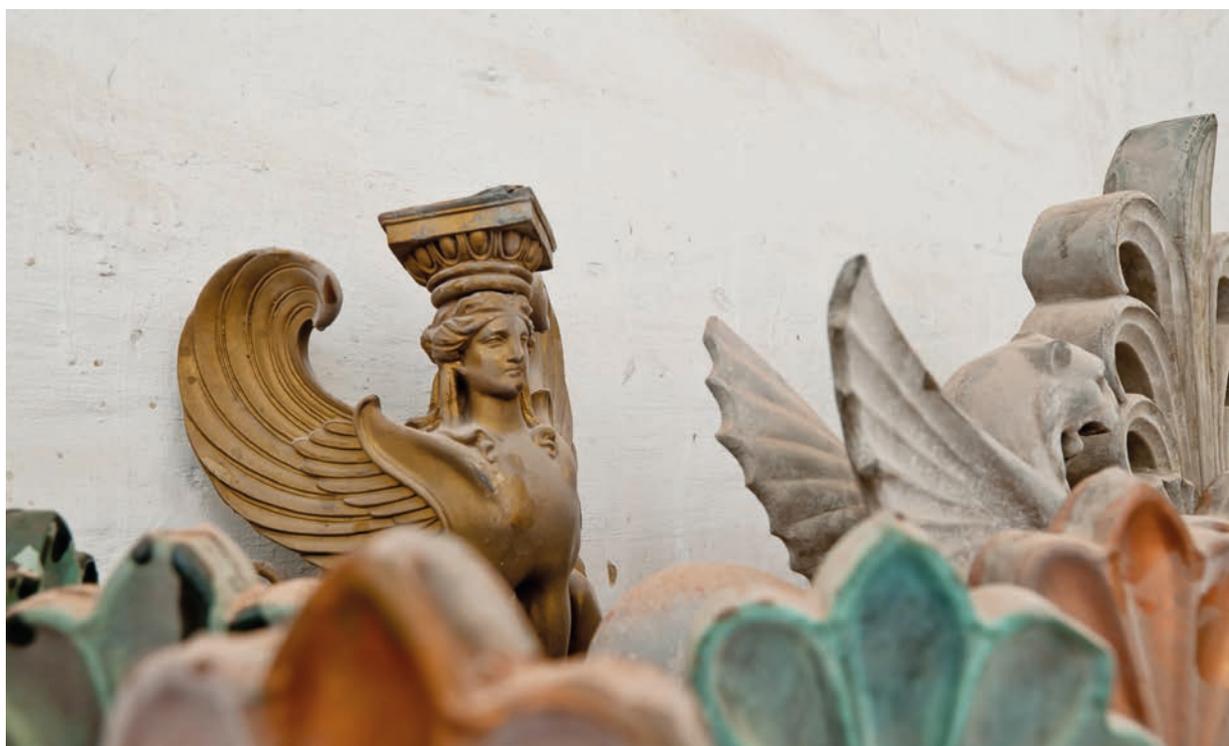
Auf parlamentarische Ebene verlagerte sich die Debatte über die zu beschließende Verfassung erst nach dem Scheitern der Regierung „Renner III“. Als daraufhin die Bildung einer Proporzregierung von Sozialdemokraten, Christlichsozialen und Großdeutschen gelungen war, wurden die Verhandlungen

über die Verfassung im Verfassungsausschuss der Konstituierenden Nationalversammlung wieder aufgenommen. Am 8. Juli 1920 unterrichtete der Ausschussobmann Otto Bauer die Mitglieder davon, dass die Parteien übereingekommen waren, „während des Sommers die Verfassung zu erstellen“, wofür ein Unterausschuss eingesetzt werden sollte.<sup>8</sup>

Thematisiert wurde die „materielle Demokratie“ dort erstmals vom christlich-sozialen Abgeordneten Ignaz Seipel, der den Fokus der Debatte auf diese Frage lenkte und sich für die Aufnahme derartiger Bestimmungen in die Verfassung aussprach, um eine wirtschaftliche Verfassung zumindest in Grundzügen anzudeuten.<sup>9</sup> Tatsächlich einigte man



*Bundes-Verfassungsgesetz Art. 18, Abs. 2:  
Wirtschaftliche Selbstverwaltungskörper und Berufsorganisationen  
sind zur Vorbereitung der Gesetzgebung und zur Teilnahme  
an der Verwaltung in wirtschaftlichen und  
sozialen Angelegenheiten heranzuziehen.*



Österreichisches Parlament; historische Zierteile, Reserve

sich auf eine Staatszielbestimmung im Hinblick auf eine angestrebte „wirtschaftliche Demokratie“ und beschloss somit dem Ansinnen der politischen Einbindung wirtschaftlicher Selbstvertretungskörper und Berufsorganisationen Rechnung zu tragen, da die verschiedenen Standpunkte darüber hinaus unvereinbar waren.<sup>10</sup>

Anlässlich der Plenarberatungen plädierte der großdeutsche Abgeordnete Heinrich Clessin ein letztes Mal für eine neue Wirtschaftsordnung „auf den Grundlagen des alten deutschen Genossenschaftsrechtes, der wirtschaftlichen Selbstverwaltung und andererseits dem Staate gegenüber auf der allgemeinen Wehr- und Arbeitspflicht“. Mittels dieser Wirt-

schaftsordnung wollte er den „Gegensatz zwischen Besitzenden und Besitzlosen, zwischen den sogenannten Gebildeten und Ungebildeten und zwischen den Besitzlosen und dem Staate wenn nicht aufheben, so doch bedeutend abschwächen“.<sup>11</sup> Die zunächst im Ausschuss mit breitem Konsens beschlossene Staatszielbestimmung wurde letztendlich jedoch nicht in das B-VG 1920 aufgenommen. Heinrich Clessin bezeichnete die Textierung als „Missgeburt“ und Vermengung der Ideen der Sozialdemokraten hinsichtlich der wirtschaftlichen Demokratie in Art. 18 Abs. 1 und der Großdeutschen hinsichtlich der Wirtschaftskammern in Abs. 2, „die aber praktisch keine der beiden Teile befriedigen kann“,



*Die auf der vorhergehenden Doppelseite zitierten Absätze wurden als Antrag des Verfassungsausschusses betreffend das Gesetz, womit die Republik Österreich als Bundesstaat eingerichtet wird (Bundes-Verfassungsgesetz), in der Konstituierenden Nationalversammlung 1920 beschlossen, sind später aber nicht in die Verfassung eingegangen.*



weshalb er auch die Streichung aufgrund des ausschließlichen deklaratorischen Charakters vorschlug, was angenommen wurde.<sup>12</sup>

Das B-VG 1920<sup>13</sup> wurde schließlich mit den Stimmen der drei in der Konstituierenden Nationalversammlung vertretenen Fraktionen, den Sozialdemokraten, den Christlichsozialen und den Großdeutschen, beschlossen. Vor dem Hintergrund der

zu Beginn der Diskussion über eine Verfassung für Deutschösterreich vertretenen unterschiedlichen Positionen dieser politischen Gruppierungen und insbesondere des Konsensquorums, welches die Zustimmung der Großdeutschen nicht erforderlich machte, gelang ein bedeutender verfassungspolitischer Schritt. Damit einher ging das Ende der Debatte um die „materielle Demokratie“.

1 Vgl. K. Berchtold: *Verfassungsgeschichte der Republik Österreich*, Wien/New York 1998, 193; H. Rebhan: „Die politischen Parteien als Träger des Staatswerdungsprozesses, Monarchie oder Republik? Die Entscheidung zu Staatsformfrage innerhalb der Parteien“, in: M. Mesner/H. Wohnout/R. Kriechbaumer/M. Maier: *Die junge Republik, Österreich 1918/19*, Göttingen 2018, 23–35.

2 Vgl. zu den Großdeutschen als politische Gruppierung: „Die Großdeutsche Vereinigung“, in: *Salzburger Volksblatt*, 07.03.1919, 1; „Deutschösterreich, Die Großdeutsche Volkspartei“, in: *Tages-Post*, 09.08.1920, 2; „Die Großdeutsche Volkspartei“, in: *Tages-Post*, 16.09.1920, 1; P. Pernthaler: „Zum Begriff von Föderalismus und Bundesstaat in Österreich“, in: H. Schambeck: *Föderalismus und Parlamentarismus in Österreich*, Wien 1992, 39; zur Situation der Beamtenschaft vor dem Hintergrund geforderter Verwaltungsreformen siehe außerdem: A. Merkl: „Zum Problem der Verwaltungsreform“, in: *Zeitschrift für Verwaltung*, 163–174.

3 L. Höbelt: „Die Gliederung der Provisorischen Nationalversammlung: Kronländer und Parteien“, in: C. Neschwara/J. M. Rainer: *100 Jahre Republik Österreich, Die Provisorische Nationalversammlung und ihre Rolle bei der Entstehung der Republik Deutschösterreich*, Graz 2018, 67.

4 „Richtlinien der Großdeutschen Vereinigung“, in: *Deutsches Volksblatt*, 05.03.1919, 5; „Die Richtlinien der Großdeutschen Vereinigung, Parteiamtliche Verlautbarung“, in: *Grazer Tagblatt*, 06.03.1919, 1; O. Bauer: *Der Weg zum Sozialismus*, Berlin, 1919; Berchtold: *Verfassungsgeschichte*, 194–196.

5 „Die großdeutsche Tagung in Linz“, in: *Neue Freie Presse*, 18.04.1920, 4; „Die großdeutsche Parteiberatung in Linz“, in: *Neue Freie Presse*, 19.04.1920, 3; „Nationalfreiheitliche Tagung in Linz“, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 19.04.1920, 2; „Die Zusammenschlussbestrebungen der freiheitlichen Gruppen“, in: *Salzburger Chronik*, 20.04.1920, 2; „Deutschnationale

Parteitagung in Linz“, in: *Neues Grazer Abendblatt*, 19.04.1920, 2; „Deutschfreiheitliche Tagung in Linz“, in: *Tages-Post*, 20.04.1920, 1.

6 F. Ermacora/S. Moser: *Materialien zur österreichischen Bundesverfassung, Die Länderkonferenzen 1919/20 und die Verfassungsfrage*, Wien 1989, 208; Vgl. den später in ähnlicher Form in der Konstituierenden Nationalversammlung eingebrachten Antrag „Großdeutsche Vereinigung, Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Dinghofer und Genossen betreffend die Grundzüge der österreichischen Verfassung“, 842 d.B./A-KN.

7 Ermacora/Moser: *Die Länderkonferenzen 1919/20*, 226; „Sozialdemokratische Partei, Antrag der Abgeordneten Simon Abram und Genossen betreffend Schaffung einer Bundesverfassung für die Republik Österreich“, 904 d.B./A-KN.

8 F. Ermacora: *Quellen zum Österreichischen Verfassungsrecht (1920), Die Protokolle des Unterausschusses des Verfassungsausschusses samt Verfassungsentwürfen*, Wien 1967, 17; L. Höbelt: *Die Erste Republik, Österreich (1918-1938): Das Provisorium*, Göttingen 2018, 152.

9 Ermacora: *Protokolle des Verfassungsunterausschusses*, 340.

10 „Konstituierende Nationalversammlung, Bericht und Antrag des Verfassungsausschusses betreffend Gesetz, womit die Republik Österreich als Bundesstaat eingerichtet wird (Bundes-Verfassungsgesetz)“, 991/BUA-KN; R. Walter: *Die Entstehung des Bundes-Verfassungsgesetzes 1920 in der Konstituierenden Nationalversammlung*, Wien 1984, 47.

11 Stenographisches Protokoll, 101. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung der Republik Österreich, Donnerstag, den 30. September 1920, 3415.

12 Stenographisches Protokoll, 100. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung der Republik Österreich, Mittwoch, den 2. September 1920, 3402.

13 „Gesetz vom 1. Oktober 1920, womit die Republik Österreich als Bundesstaat eingerichtet wird (Bundes-Verfassungsgesetz)“, StGBI. 1920/450 = BGBl. 1920/1.

# Wer wählt, gewinnt?

Von Heimo Lepuschitz



Am 26. September wählt Oberösterreich – ein für das Bundesland wichtiges Ereignis, aber für den Rest Österreichs ein eher unbedeutender Tag? Nicht ganz, schließlich ist das Land ob der Enns das letzte, in dem die Freiheitlichen noch Regierungsverantwortung tragen. Es ist keine Schicksalswahl für die Blauen, aber dennoch Richtschnur und Beispiel, wo man als Partei steht und ob vernünftige, realitätsnahe Regierungsarbeit auch vom Wähler honoriert wird.

Ausgehend vom unrealistischen Rekordwert der letzten Landtagswahl 2015 ist wohl das Ergebnis 2009 die Messlatte. Schafft die FPÖ-OÖ es, die damaligen 15% klar zu überspringen und sogar ein Ergebnis über 20% zu erkämpfen, ist das angesichts der völlig veränderten Rahmenbedingungen ein schöner Erfolg und eine gute Ausgangslage für erneute Koalitionsverhandlungen. Aber warum sollten die Wähler in OÖ dem Juniorpartner überhaupt ihre Stimme geben – und nicht gleich dem beliebten Landeshauptmann und seiner ÖVP?

Weil es eben nicht egal ist, wer mit der ÖVP regiert. Ein Blick in die Bundeshauptstadt macht das deutlich: Keine Partei ist in ihren Positionen und Koalitionen so flexibel wie die Volkspartei. Sind in freiheitlicher Regierungszeit Asylzahlen gesunken und Abschiebungen gestiegen, verhält es sich mit dem grünen Koalitionspartner genau umgekehrt. Mit den Freiheitlichen wäre trotz Coronakrise weit behutsamer mit Grundrechten und Staatsfinanzen umgegangen worden. Reformstau, Schuldenunion und immer mehr Milliarden an die EU – all das wäre mit der FPÖ niemals so passiert. Zudem hat Oberösterreichs schwarz-blaue Koalition etwas vorzuweisen, das Türkis-Grün oder die Große Koalition nie

geschafft haben: Stabilität und konsensorientiertes Miteinander ohne lähmenden Dauerstreit – gerade in Krisenzeiten ein gewichtiges Argument.

Gleichzeitig muss klar sein: Wer sich als Partei blind auf eine andere verlässt, ist verlassen! Nur eigener Erfolg sichert Durchsetzungskraft gegenüber der Koalitionssymphonin ÖVP. Zu regieren muss daher Ziel, aber keine Alleinfokussierung sein. Wer es zu billig gibt, dem sind seine Grundfesten und Werte nicht teuer genug. Die Freiheitlichen haben in den letzten Jahren bewiesen, dass sie regieren können, aber nicht um jeden Preis müssen. Den „Werner Kogler zu machen“ und im koalitionären Stockholm-Syndrom am Sessel zu kleben, funktioniert vielleicht bei den Grünen teilweise, bei den Freiheitlichen hat das immer katastrophal geendet. Hier wurde in den letzten Jahrzehnten bitteres Lehrgeld gezahlt und gelernt. Nur Ruhe nach Niederlagen, Geschlossenheit nach Entscheidungen und klarer Kurs trotz bisher nicht gekanntem Gegenwind in Umfragen und veröffentlichter Meinung haben den jetzigen langsamen, aber deutlichen Wiederaufstieg der Freiheitlichen erst ermöglicht.

Die größte Aufgabe für das Team um Manfred Haimbuchner wird aber sein, die freiheitlichen Sympathisanten endlich wieder zur Wahlurne zu bewegen. Wien hat gezeigt, dass ein guter Wahlkampf und ein guter Spitzenkandidat nicht reichen, wenn die eigene Klientel demobilisiert ist. Die härteste Währung einer Demokratie ist die Wählerstimme. ÖVP-Obmann Thomas Stelzer ist und bleibt Landeshauptmann. Mit wem wollen die Oberösterreicher am Tag nach der Wahl als kursentscheidendem Steuermann aufwachen? Mit Manfred Haimbuchner, Birgit Gerstorfer oder Stefan Kaineder? Na eben.



# International

Tenment Yard, aus: How the other half lives  
Jacob Riis, 1888

# Call me a Radical!

Von Beate Haubner



Idealerweise versteht man unter Demokratie die Identität von Herrschern und Beherrschten. Dass solch ein Postulat stets graue Theorie bleiben würde, wussten schon diejenigen, die es auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Kein Geringer als J.J. Rousseau, der als Vater der sogenannten Identitären Demokratietheorie gilt, wusste, dass wahre Demokratie nur etwas für Götter sei. Für den Menschen dagegen sei sie unerreichbar.

Wichtiger sei daher die *volonté générale*, unter der man sich freilich nicht den Mehrheitswillen vorstellen darf. Vielmehr geht es hier um das, was eine kleine philosophierende Elite als gut und richtig empfindet – um die jakobinische Vision vom Glück aller, die einen intoleranteren Beigeschmack hat: Verwerfen die Einzelnen dieses Gute, dann müsse man sie zwingen, ihren Willen der Vernunft anzupassen!

Vor diesen Hintergrund lohnt sich die Lektüre des 1972 verstorbenen Saul Alinsky. Er war einer der ersten, der die Bedeutung politischer Kampagnen jenseits von etablierten Parteistrukturen erkannte – und eine Theorie des Widerstandes entwickelte. 1909 im jüdischen Viertel Chicagos („The Slum District of the Slum“) geboren, entwickelte er bald eine zukunftsweisende politische Strategie, nämlich das sogenannte *Community Organizing*. Was 1939 back of the yards in den



*Der Radikale ist jener, der sich nicht durch Parolen und Äußerlichkeiten narren lässt.*



Armenvierteln von Chicago begann, mündete 2008 im Wahlerfolg Barack Obamas – lange nach dem Tod Alinskys, dessen Einfluss auf ihn unbestritten hoch war und ist. Auch die ehemalige Außenministerin der USA, Hillary Clinton, hat ein Naheverhältnis zu Alinsky. Sie verfasste 1969 ihre College-Abschlussarbeit über ihn.

Unter Anleitung von *Community Organizers* wurden die Bewohner armer Viertel ermuntert, aktiv für ihre eigenen Interessen und oft gegen die Interessen übermächtiger Institutionen vorzugehen. Im

Kern stand dabei ein wiederholter Zyklus aus Zuhören, Recherchieren und Handeln. Aus dieser individuellen Betreuung heraus entstanden Massenorganisationen und Kampagnen. Ein systematischer Aufbau von Organisationen und das Wissen um die tatsächlichen Probleme der Menschen einschließlich ihres sozialen Umfeldes, dazu der Wille, die Betroffenen zu mobilisieren und sie anzuführen, um mit einer gut entwickelten Strategie zum Ziel zu gelangen, diese Ziele beschreibt Alinsky in *Call me a radical* – einer Anleitung dafür, wie sich „die scheinbar Machtlosen gegen die Herrschenden zur Wehr setzen können.“

„Radikaler“ – ein Unwort unserer Zeit! Da liest sich die Definition Alinskys schon weniger bedrohlich: Der Radikale ist jener, der sich nicht durch Parolen und Äußerlichkeiten narren lässt. Er sieht den Problemen ins Auge und versteckt sich nicht wie ein Feigling unter dem bequemen Deckmantel verschleiender Argumente. Der Radikale weigert



Saul Alinsky, 1969

sich, sich durch oberflächliche Probleme ablenken zu lassen. Er beschäftigt sich einzig und allein mit grundlegenden Ursachen, nicht mit gerade stattfindenden Demonstrationen. Sein Angriff konzentriert sich auf den Kern des Problems. Der Radikale ist weiters ein Verfechter von Minderheitenrechten, wird aber jede Minderheit bekämpfen, die mit der Keule der Minderheitenrechte versucht, den Willen der Mehrheit bewusstlos zu prügeln.

#### Die Instrumente

Jede noch so kleine Organisation kann Motor einer großen Kampagne sein, wobei die Authentizität der Gruppe entscheidend ist. Ihr Programm muss für Alinsky von den Beteiligten selbst kommen. Die Planung durch Personen, die außerhalb des spezifischen Erfahrungsbereiches stehen und somit keine Ahnung von der Materie haben, sieht er als eine höchst diktatorische Haltung an. Deshalb misst er auch den lokalen Anführern große Bedeutung zu. Dazu braucht es Menschen, die als Bewohner ihres „Viertels“, wie er es nennt, die Umstände und Traditionen genau kennen und daher auch als Anführer akzeptiert werden. Traditionen sind mit Erfahrungen verknüpft – tritt ein Anführer außerhalb dieses Erfahrungsbereiches auf die Bühne, wirkt er schnell unglaubwürdig.

Da die meisten Menschen nur das verstehen oder aufnehmen, was in ihrem eigenen Erfahrungsbereich liegt, muss ein Organisator wenigstens eine grobe Vorstellung vom Erfahrungsbereich der Menschen,



*Interessengruppen, die sich demokratischer Strukturen bedienen,  
tarnen ihre Individualinteressen als Gemeininteresse.*



die er betreut, besitzen. Fehlt es hieran, geht die Authentizität verloren und das Projekt kippt ins Moralische. Schon in den 1940er-Jahren bemerkte Alinsky ein nach heutiger Definition „linksliberales Aufkeimen“ innerhalb der Organisationen. Er ging mit diesen Tendenzen scharf ins Gericht, befürchtete einen Missbrauch der ursprünglichen Intention, nämlich die Lebensbedingungen armer Menschen zu verbessern, als philanthropische Spielwiese, zumal es sich die Menschen in den Basisorganisationen einfach nicht leisten könnten, im Saft ihrer Empörungen zu schmoren.

Der Aufbau gut organisierter Basisorganisationen hat bis heute nichts von seiner Relevanz verloren, wobei es vom *Community Organizing* zur Manipulation oft nur ein kleiner Schritt ist. Dämonisch anmutende Techniken zur Beeinflussung der Menschen ziehen sich wie ein roter Faden durch die Geschichte – heute sind sie allgegenwärtig. Diktatoren benutzen sie zur Rechtfertigung ihres Regimes, doch in Demokratien begegnen sie uns ebenso. Interessengruppen, die sich demokratischer Strukturen bedienen, tarnen ihre Individualinteressen als Gemeininteresse und sorgen dafür, dass der Mensch Tag für Tag diverse Moralanstalten aufsucht. Peu à peu wird die Privatheit von politischen Themen genötigt: Kreditinstitute, Beförderungsmittel, Supermärkte usw. gewähren zusätzlich zu Dienstleistungen und Waren einen politisch-korrekten Bonus, ein gutes Gefühl, „etwas richtig gemacht“ oder „fair und sozial gehandelt“ zu haben. Wer Bienen schützen will, eröffnet



Saul Alinsky an einer Streikpostenlinie, 1946

das Konto bei dieser Bank, wer den Lebensraum der Eisbären bewahren will, benutzt dieses öffentliche Verkehrsmittel, und wer klimaneutrales Eis, das darüber hinaus bar jedes diskriminierenden Verhaltens produziert wurde, essen möchte, weiß wo er es findet.

#### Linksliberale Lifestyle-Kampagnen

Die moralische Meinungshoheit hat den Alltag heute fest im Griff. Was Alinsky für seine Kommune befürchtete, ist globale Realität geworden.

Tugendhafter Edelmut wird an der Billa-Kassa sichtbar. Jenseits demokratischer Mehrheiten ändert sich unser Leben auf diese Weise irreversibel, unabhängig von Wahlen transformiert sich das Bewusstsein in der Gesellschaft. Die Revolution findet nicht auf der Straße, sondern in den Köpfen statt.

Emotionen ersetzen Argumente und Inhalte immer öfter. Die Politik wird emotionalisiert und die Privatheit, wo die Emotionen ja eigentlich zuhause sein sollten, wird verpolitisiert. Die meisten Menschen leben in einer Welt der Widersprüche: Das heißt, sie treten für moralische Grundsätze ein, nach denen sie nicht leben. Theorie und Praxis klaffen weit auseinander, sie verhalten sich zueinander nicht kongruent. Wie kann der Mensch demnach so tiefgehend transformiert werden, dass die Werte, die er bisher nur in der Theorie kannte, plötzlich aktiv zu Motiven seiner Persönlichkeit und seines Handelns werden?



*Anders als in Alinskys Kommune herrscht  
im globalen Dorf das Gegenteil von Authentizität:  
die größtmögliche Selbstentfremdung.*



Das Engagement für Themen, die wenig bis gar nichts mit dem eigenen Erfahrungsbereich zu tun haben, ist ein Phänomen, das zum Nachdenken anregt. Es scheint dabei, als setze eine neu entstandene Philosophie der Zugehörigkeit die Faktoren, welche die Menschen normalerweise zusammenhalten und Sinn, Identität und Zugehörigkeit bilden, nach und nach außer Kraft. Gemeinschaften setzen sich für Gemeinschaften ein, die keinen Bezug zueinander haben. Anders als in Alinskys Kommune herrscht im globalen Dorf das Gegen-



Drei Jungen und ein Mann in einer Eingangshalle,  
aus: *How the other half lives*; Jacob Riis, 1888

teil von Authentizität: die größtmögliche Selbstentfremdung. Für Menschen, die sich an Gemeinschaften orientieren, ist ihre Familie ja nicht irgendeine Familie, ihre Heimatregion nicht irgendein Landstrich und ihr Land nicht irgendein Land. Sie fühlen sich Staatsbürgern des eigenen Landes viel enger verbunden als Menschen, die andernorts leben. Der Nächste ist näher als der Übernächste. Gemeinsamkeiten implizieren den Wunsch nach Erhaltung eines Wertesystems.

Dieses geteilte Wertesystem zerbricht derzeit nach und nach. Die moralische Gesinnung wiegt schwerer, als „das Richtige“ dann auch tatsächlich zu

tun – zum Beispiel die ökonomischen Grundlagen der arbeitenden und arbeitslosen Menschen zu verbessern etc. Dabei ist es immer das gleiche Milieu, das sich etwa bei Demonstrationen usw. trifft. Die Teilnehmer, die sich lustig, bunt und gut gelaunt präsentieren, stammen zum Großteil aus einer sozial und finanziell durchaus gehobenen Schicht. Eine moralisch unantastbare Haltung zu zeigen gilt hier als essentieller denn jegliche Umsetzung von konkreten Anliegen. Bis hin zu den Transparenten, mit denen man für das eigene Anliegen wirbt, ist

der gesamte Auftritt witzig gestaltet, mit originellen Wortspielen untermauert und unterstreicht den Partycharakter. Man ist stolz darauf, sich von anderen Veranstaltungen zu unterscheiden, an denen Leute teilnehmen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Die weitgehende Abwesenheit jener wird nicht einmal als Mangel wahrgenommen.

Es herrscht die Schneider-Philosophie – „Kleider machen Leute!“ – nach der ein Mensch nichts ist, bis er sich in allgemeine Überzeugungen und öffentliche Meinungen einkleidet. In dieser Masse lebt es sich dann sehr bequem.

---

Literatur:

Saul D. Alinsky: *Rules for Radicals*; Vintage Books; New York, 1971.

Saul D. Alinsky: *Call me a Radical. Organizing and Empowerment*; Lamuv Verlag, Göttingen, 2011.

Eva Hesse: *Die Wurzeln der Revolution*, Carl Hanser Verlag, 1974.

# Vom Regen in die Traufe am Hindukusch

Von Julian Schernthaner



Was in Afghanistan geschehen ist, markiert ohne Frage eine Zeitwende: Die Intervention des Westens ist gescheitert – die neuen Machthaber sind wieder die alten Machthaber, die einst ein gefürchtetes Regime errichteten. Für Europa droht die Gefahr, sich durch verkürzte Einordnungen zusätzlichen Schaden selbst zuzufügen.

Nach vierzig Jahren der Konflikte haben die Afghanen die ihnen oktroyierten Regimes satt. Sie setzten der Fremdbestimmung ein Ende, warfen den Westen und seine Streitmächte aus dem Land. Dieser hat auf ganzer Linie versagt, stiehlt sich nun aus der Verantwortung und überlässt ein freies Volk seinen neuen Tyrannen. Rund um diese Extreme bewegt sich die öffentliche Debatte zur Machtübernahme der Taliban. Beide greifen zu kurz – und doch liegt die Wahrheit irgendwo dazwischen, haben beide Positionen vielleicht ein Stück weit recht.

Denn der Umsturz, der entgegen der historischen Fehleinschätzung des derzeitigen US-Präsidenten schnell eintrat, kam nicht aus dem Nichts. Im zerklüfteten Land, in dem die Zugehörigkeit zu den diversen Clans und Subethnien schon von alters her wichtiger war als die Freiheit des Einzelnen oder gar eine höhere Absicht zur „Demokratie“, brauchte es keinen sichtbaren Funken, kein Lauffeuer. Die vom Westen mit zig Milliarden US-Dollar hochgerüstete afghanische Armee leistete zuletzt keinen Widerstand, ihr Arsenal fällt nun den Taliban zu. Der Ablauf dieser Eroberung eines großen, gebirgigen Landes erinnert einerseits auf schaurige Weise an den Marsch auf Rom der italienischen Faschisten im Jahr 1922, andererseits ein wenig an die utopische Version eines friedlichen „Regime Change“. Es scheint fast, als sammelten sich Unzufriedene im Geheimen,

um dann in einer großen konzertierten Aktion auf die Hauptstadt zu marschieren und die Macht an sich zu reißen.

Ein Umsturz, der viele Väter hatte

Der eigentliche Funke dürfte banaler sein als die metapolitischen Erklärungsversuche. Denn nach Jahren der Alimentation aus US-Steuermitteln fiel mit der Ankündigung des westlichen Abzuges diese Pflicht der Regierung in Kabul zu. Viele Soldaten bekamen monatelang kein Gehalt, es fehlte an Alltäglichem wie Essen oder Schuhen. Das Volk wiederum hatte nicht vergessen, wie sich NATO-Soldaten versündigten. Seit über zehn Jahren kennt die Welt dank WikiLeaks die unmenschlichen Kriegsspiele, bei denen Offiziere den Befehl gaben, auf Zivilisten zu schießen. Tausende Tote auf beiden Seiten mahnen. Auf diese Erinnerung treffen nun Gotteskrieger, die im umstrittenen Lager in Guantanamo Bay bis in den Wahnsinn gefoltert wurden. Den Willen der Fanatiker brach das nicht – aber es gab ihnen ein Märtyrer-Narrativ, nachdem die einstige Obama-Regierung die Anstalt auflöste und den Inhaftierten freies Geleit gab. Zum Fanatismus kam die Erzählung, die Unmenschlichkeit des Westens überlebt zu haben und den Menschen die (vergiftete, wohl nur vermeintliche) Freiheit zu bringen.

Gerade aus der österreichischen Geschichte wissen wir, dass Menschen, die einige Jahre unter un-



ISAF-Soldat, Afghanistan

geliebten Machthabern hinter sich haben, für Erlöser-Narrative empfänglich sind. Dass das Volk 1938 in Scharen auf den Heldenplatz kam, um der neuen Führung zuzujubeln, hatte seine Wurzeln auch in der leidvollen Erfahrung der Dollfuß-Diktatur. Diese ging mit politischen Gegnern wenig zimperlich um und konnte gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Probleme im Land nicht lösen. Ob sie die christliche Soziallehre ihrer Vordenker rational für verträglicher halten sollten als die totalitären Vorstellungen der Nationalsozialisten, war keine Erwägung, die sich darbenende Arbeiter machten: Sie wollten weg aus dem maroden, autoritären Ständestaat und seinen Verwerfungen – und nahmen in Kauf, dass die neuen Machthaber andernorts bereits seit Jahren ein erbarmungsloses Machtverständnis gezeigt hatten.

Genauso kommt die Überlegung in Afghanistan wohl nicht an, ob die für dortige Lebensverhältnisse ungewohnte westliche Demokratie die „bessere“ Lösung als der Scharia-Gottesstaat ist. An Bilder unverschleierter Frauen in den 1980er-Jahren an der Uni unter der von den Sowjets gesteuerten nationalbolschewistischen Marionetten-Regierung oder

jene aus der Herrschaft des Schahs erinnern sich nur noch wenige. Viele Afghanen kennen es nicht anders – dafür kennen sie den Versuch der Amerikaner, ihnen ihre Lebensweise näher zu bringen. In einer traditionellen und konservativen Gesellschaft, die obendrein einer islamischen Religion frönt, kommen Regenbogenflaggen auf US-Botschaften und Amüsier-Meilen für eine dekadente urbane Bevölkerung nicht nur bei Extremisten weniger gut an. Da kann das Coca-Cola noch so munden: Menschen eine fremde Realität aufzuzwingen, kann in Unterwürfigkeit enden, aber eben auch in angewiderter Opposition.

Die Taliban haben nun die Gunst des Eroberers: Sie können Kreide fressen und sich als Befreier inszenieren. Im Wissen, dass viele, die sich noch an ihr brutales Regime vor 20 Jahren erinnern können, alt oder geflohen sind, versprechen sie Zugeständnisse. Es soll eine General-Amnestie für Kollaborateure geben. Die Frauen sollen – zumindest nach einer Übergangsphase, an deren Ende nur Optimisten glauben – später wieder in die Schule und Arbeit gehen dürfen. An einstige Knallhart-Regeln wie Musik- und Sportverbote traut man sich vorerst nicht. Der



Bettelnde afghanische Jungen

Rest geschieht nach der als Rückkehr zur Tradition verkauften Scharia. Lieber wirbt man zuerst für die Rückkehr der vertriebenen Landsleute, um die Heimat aufzubauen. Einen Exodus aus Afghanistan für alle, die sich vor Verschärfungen fürchten oder den Verheißungen nicht trauen, will man natürlich verhindern. So bringen sich die Taliban als Partner für den Grenzschutz in Stellung – und auch Russland sorgt sich über die Ausreise in seine Nachbarländer und ein dort drohendes Pulverfass.

#### Gefährliche Werbetrommel für die Umsiedlung

Vom Regen in die Traufe – das gilt auch für Europa: Längst wird die Werbetrommel für die Aufnahme zahlreicher Afghanen gerührt. Manche versuchen es über die Sorge um Frauen und Kinder, die schon 2015 vor allem männliche Migranten im wehrfähigen Alter brachte. Andere wollen „Ortskräfte“ einfliegen, die man mangels entsprechender Erhebungen als Personengruppe nicht eingrenzen kann. Waren vor sechs Jahren alle Migranten plötzlich „Syrer“, droht nun jedermann eine afghanische „Ortskraft“ zu sein. Papiere – wenn sie je existierten

– verschwinden, keiner kann nachvollziehen, ob sich nicht Islamisten oder bereits aus europäischen Ländern abgeschobene Personen unter die Menschenmenge mischen, mit deren Bilder etablierte Medien das Mitleid ankurbeln. Weil Afghanistan als unsicher gilt und eine Luftbrücke das Ankunftsland zum ersten sicheren Drittland macht, hätte exakt jene Gruppe, die in der heimischen Kriminalitätsstatistik am stärksten überrepräsentiert ist, hierzulande einen Freibrief, denn die Kriminellen unter ihnen würden un-abschiebbar.

Es bestehe eine „moralische Verpflichtung“ zur Aufnahme, so sehen es der grüne Bundespräsident Alexander Van der Bellen und die EU-Innenkommissarin Ylva Johansson. Diese spricht recht direkt von einer „Umsiedlung“ und leitet die „Pflicht“ für „sichere, legale Fluchtrouten“ aus dem neuen EU-Migrationspakt ab. Der deutsche Innenminister Horst Seehofer (CSU) redet von bis zu fünf Millionen ausreisewilligen Afghanen – fast ein Siebtel der Bevölkerung. Drei Millionen waren bereits bislang Binnen-Vertriebene. Nicht alle flohen vor den Taliban, sondern auch vor rivalisierenden Clans: Der Stamm zählt am Ende zuoberst.



*Obwohl Europa im Prinzip die gleichen Interessen wie Russland in der Region hat – also Stabilität – unterstützt es die Destabilisierungs-Politik der USA: Das ist in etwa so, als helfe man einem zugereisten Brandstifter, in der Nachbarwohnung Feuer zu legen.*



Manche Konservative brachten eine „Soldatentugend“ ins Spiel: Die Vorstellung, einen Kameraden im Feld zurückzulassen, widerstrebt dem Ehrgefühl vieler Menschen, die sich auf alte Werte besinnen. So riefen einige patriotische Politiker dazu auf, diese zumindest „in Sicherheit“ zu bringen. Dabei ließen sie offen, ob sie ihre Forderung der Null-Zuwanderung aufweichen wollen oder nur die Hilfe in benachbarten, sicheren Drittländern meinten. Demgegenüber steht ein viel beachteter „FAZ“-Leserbrief, in dem ein deutscher Afghanistan-Veteran angibt, dass viele der Ortskräfte nicht aus hehrer Absicht für den Westen arbeiteten. Denn die Bezahlung war für afghanische Verhältnisse fürstlich. Das bot einen Lebensstandard, den sie nun nicht missen wollen. Andere bezahlten damit das Schutzgeld bei feindlichen Clans und Warlords. Mit dem Versiegen der Geldquelle dürfte es für viele attraktiv scheinen, den einstigen Besitzern in die Heimat zu folgen wie einst Freitag dem Robinson. Das heißt nicht, dass sie die westliche Lebensart verinnerlicht haben – oder dies jemals anstreben.

#### Zwischen Bündnissen und Einmischungen

Das Dilemma Europas ist auch ein Dilemma seiner Bündnisse. Der kürzlich verstorbene rechte Publizist und Nahost-Experte Manuel Ochsenreiter sagte im Hinblick auf den syrischen Bürgerkrieg einst: „Sowohl die Politik Washington als auch die Moskaus lassen sich logisch erklären. Europas Syrienpoli-

*tik wiederum scheint geradezu selbstmörderisch zu sein. Obwohl Europa im Prinzip die gleichen Interessen wie Russland in der Region hat – also Stabilität – unterstützt es die Destabilisierungs-Politik der USA: Das ist in etwa so, als helfe man einem zugereisten Brandstifter, in der Nachbarwohnung Feuer zu legen.“*

Er erklärte die harsche Kritik damit, dass es den USA als raumfremder Macht egal sein könne, ob Syrien im Chaos versinke, während Russland fürchten müsste, dass der Funke bei einem Sieg der Islamisten schnell auf den Kaukasus überspringen könnte. Für Europa bedeute die Folge der Instabilität hingegen, dass man die Lunte für die Migrationskrise selbst gelegt habe. Diese Problematik droht sich nun am Hindukusch zu wiederholen.

Die eleganteste Lösung für Europa wäre wohl weder eine Anbiederung an die USA noch an Russland, sondern auf eine Politik der Nicht-Einmischung in Stellvertreter-Kriegen zu setzen. Das ist eigentlich auch eine Route, die der ehemalige US-Präsident Donald Trump für sein Land und somit das transatlantische Bündnis im Sinn hatte. Manche kritischen Beobachter halten diese Abkehr von der jahrelangen Weltpolizei-Doktrin sogar für einen Mitgrund, weshalb mächtige Interessensgruppen alles daran setzten, den „Betriebsunfall“ im Weißen Haus möglichst schnell „auszubügeln“ und den in vielen Belangen ahnungslos wirkenden ehemaligen Obama-Vize Joe Biden in eine Machtposition zu hieven, der er nicht gewachsen scheint.

# Wenn Wahlen zum Fetisch verkommen

Von Arnulf Helperstorfer



Regelmäßige Wahlen sind das Herzstück jeder westlichen Demokratie, wie wir sie heute kennen. Im Verlauf der letzten zweihundert Jahre haben sich je nach Staatswesen verschiedene Wahlmodi entwickelt, die dennoch allesamt eine Reihe an Gemeinsamkeiten haben. Das Prinzip des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts ab einem gewissen Alter soll allen Staatsbürgern die Teilnahme an der politischen Willensbildung ermöglichen. In den Staaten des Westens hat sich dies im Großen und Ganzen bewährt.

Viel weniger bewährt hat sich das System demokratischer Wahlen in vielen anderen Teilen der Welt. Im Zuge der Entkolonialisierung haben sich die meisten neu entstandenen Staaten nach europäischem Vorbild als demokratische Republiken organisiert. Doch sehr schnell zeigten sich die enormen Mängel dieser Entwicklung. Über die Jahrhunderte hinweg hatten sich in den Kulturen außerhalb des westlichen Zivilisationskreises diverse eigene Formen der Partizipation der Menschen am politischen Geschehen entwickelt, die sich als schwer vereinbar mit dem westlichen Modell der Demokratie erwiesen und erweisen. Insbesondere sind die meisten dieser jüngeren Staaten multiethnische Gebilde, in denen die Loyalität nicht dem Staat, sondern dem Volk oder Stamm gilt. Dabei sollte auch nicht übersehen werden, dass die Demokratie im Westen ein Produkt der nationalstaatlichen Entwicklung ist, die in vielen Teilen der Welt unbekannt ist.

Vielorts sind Wahlen damit zur reinen Farce verkommen und verstärken teilweise noch vorhandene ethnische Spannungen, da sich Parteien nicht nach politischer Ausrichtung, sondern nationaler Zugehörigkeit organisieren. Trotz all diesen Problemen haben westliche Staaten immer wieder auf die Abhaltung von Wahlen gedrängt, sprich politischen Druck ausgeübt und/oder die Übermittlung von Entwicklungshilfegeldern davon abhängig gemacht. Die Abhaltung von Wahlen in allen Winkeln dieser Erde ist geradezu zu einem Fetisch der westlichen Welt geworden. Mediale Erfolgsmeldungen sollten die Bürgern des Westens die erfolgreiche Verbreitung des Wahlsystems suggerieren. So wurden 2005 die ersten Wahlgänge in Afghanistan nach Ende der ersten Taliban-Herrschaft als großer Erfolg auf dem Weg zur Demokratie bezeichnet – offensichtlich ein „großer“, aber kein besonders nachhaltiger Erfolg.

Doch abgesehen von den praktischen Problemen bei der Abhaltung von Wahlen in multiethnischen oder tribalistisch geprägten Entwicklungsländern sollte der Westen die Demokratie als das anerkennen, was sie ist: das vorläufige Ergebnis einer Zivilisation, deren Wurzeln tief in die Geschichte zurückreichen. Andere Kulturen haben andere, teilweise ebenso alte Entwicklungslinien mit anderen Ergebnissen der staatlichen Organisation vorzuweisen. Es ist weder sinnvoll noch vertretbar, diesen eine spezifisch europäisch-westliche Form des Zusammenlebens zu oktroyieren. Das aktuelle afghanische Debakel ist unter anderem Ausfluss dieses untauglichen Versuchs.



# Feuilleton

Die Horen neben dem Sonnenwagen Apollos; Ausschnitt aus: Aurora  
Guido Reni, 1612–14

Norbert Nemeth

# Freiheit geben durch Freiheit!

„Über die ästhetische Erziehung des Menschen“  
von Friedrich Schiller und über die  
Schönheit der Burschenschaft



Im Jahre 1795 veröffentlichte Friedrich Schiller in der von ihm herausgegebenen Monatsschrift *Die Horen* die von ihm selbst verfassten *Briefe über die ästhetische Erziehung*. Zehn Jahre vor Schillers Tod 1805 galten *Die Horen* als Organ jenes Programmes, für das die Weimarer Klassik stand. Vor dem Hintergrund der Schrecken der Französischen Revolution entwickelt Schiller in den insgesamt siebenundzwanzig Briefen ein politisches Konzept, das auch einen Plan seiner Realisierung beinhaltet.

**M**it anderen Worten: in seinen Briefen sagt uns Schiller – ohne jegliche literarische Verklammerung – was er politisch wollte und wie seine Vorstellung von einer besseren Welt umgesetzt werden sollte. Der Schlüssel zum Verständnis ist bereits in der Überschrift verankert. Es geht Schiller um die ästhetische Erziehung des Menschen. Dabei spielt ein Begriff, den keine zwanzig Jahre später der *Spiritus Rector* der Urburschenschaft, der Jenenser Philosophieprofessor Jakob Friedrich Fries, aufgreifen sollte, eine zentrale Rolle. Es ist jener der *Schönheit*. Durch sie soll der Weg zu einer besseren Gesellschaft



*Kants Postulat, wonach sich ein jeder seines eigenen Verstandes bedienen solle, stand für Schiller in einem unüberbrückbaren Widerspruch zu den Geheimgesellschaften, die ihren Mitgliedern genau das Gegenteil abverlangten.*



geeignet werden. Mit einer besseren Gesellschaft ist die Schaffung eines freiheitlichen Staates gemeint.

Schiller will demnach ein System der politischen Freiheit realisiert wissen. Konkret meint er damit die Abschaffung des *Ancien Régime*, somit die Abschaffung des Feudalstaates zugunsten einer Republik. Diese Ablöse soll aber nicht durch eine blutige Totalrevolution vorstattengehen, sondern durch eine von den Ideen der Aufklärung bestimmte innerliche Charakterbildung, also durch eine Veredelung des Menschen. Veredelung! – dieser Begriff weckt Assoziationen an den Illuminatismus und an die Freimaurerei. Ist Schillers politischer Kern dort angesiedelt? Keineswegs, aus Schillers Don-Karlos-Briefen wissen wir, dass Schiller *weder Illuminat noch Maurer* gewesen war. Kants Postulat, wonach sich ein jeder seines eigenen Verstandes bedienen solle, stand für Schiller in einem unüberbrückbaren Widerspruch zu den Geheimgesellschaften, die ihren Mitgliedern genau das Gegenteil abverlangten, nämlich die Befehle von geheimen Oberen auszuführen. Insbesondere lehnte er das bei den Illuminaten obligatorische System der gegenseitigen Bespitzelung ab.

Auch Fries sprach sich klar gegen jene geheimen Oberen aus. Sein Glaubensbekenntnis aus dem Jahre 1818 steht ganz im Geiste der Schiller'schen Er-



Schiller auf der Flucht mit seinem Freund  
Andreas Streicher; Maximilian Stieler, circa 1850

ziehung: „... wir fühlen den Beruf, reinere und kräftigere Sitten in uns auszubilden, durch uns dem Volke zu bringen. (...) Es unterwerfe sich niemand geheimen Oberen, denn diese sind alle Betrüger. Es gehe niemand in eine geheime Verbindung (...). Läßt uns aber so zusammenhalten, dass uns unser eigenes Leben erwachse in einem Bund, der uns selbst gehört. Und dieser sei kein heimlicher.“

Das Kant'sche *Sapere aude!* bedeutet für Schiller aber nicht nur, dass sich der

Mensch seines eigenen Verstandes und Wissens bedienen soll, sondern vor allem auch seines Mutes und seines Charakters. Die innerliche Charakterbildung soll demnach jene Faulheit überwinden, die Kant als *bequeme Knechtschaft* beschrieben hat. Demnach wolle der Mensch gar nicht politisch frei sein, sondern es genüge ihm, sich politisch gut verwaltet zu wissen. Es gehe ihm um die Befriedigung seiner Grundbedürfnisse, und nur, wenn diese nicht gewährleistet ist, entstehe politisches Denken!

Schiller will sich mit diesem Befund aber nicht abfinden. Für ihn ist der Mensch viel mehr als die Summe seiner materiellen Triebe. Jenseits der selbigen erkennt er ein duales System, eine sinnlich-vernünftige Doppelnatur des Menschen. Diese ist physisch und moralisch. Das Ideelle (= der Formtrieb)



*Schiller lehnt die Verwirklichung des jakobinischen Gleichheitsideals dezidiert ab. Er will die Veränderung des Staates über den Einzelnen und nicht die Veränderung des Einzelnen durch den Staat.*



ist dem Menschen ebenso immanent wie sein Überlebenstrieb (= der Sachtrieb). Der eine kann ohne den anderen nicht sein. Vor diesem Hintergrund gehe es darum, diese beiden Triebe, die in einer permanenten Wechselwirkung stehen, auszugleichen. Nähme der Sachtrieb überhand, glitte die Gesellschaft in einen von Gewalt beherrschten *Notstaat* ab. Nähme der Formtrieb überhand, glitte die Gesellschaft in einen hypermoralischen *Idealstaat* ab, der wiederum – wie vom Terreur bewiesen – in die Barberei mündet. Nur der ästhetische Ausgleich kann den auf einem Gesellschaftsvertrag basierenden Vernunftstaat gewährleisten und einen totalitären Notstaat verhindern.

Schiller lehnt die Verwirklichung des jakobinischen Gleichheitsideals dezidiert ab. Er will die Veränderung des Staates über den Einzelnen und nicht die Veränderung des Einzelnen durch den Staat. Er ist überzeugt davon, dass der politischen Freiheit, somit der künftigen Gesellschaft freier Individuen, die individuelle Freiheit vorangehen muss. Anders als die linken Utopisten will Schiller den Menschen nicht in seinen vorstaatlichen Naturzustand zurückführen, sondern er will den Staat (zu dem er sich als Idee klar bekennt) über das Individuum weiterentwickeln. Für diese Erkenntnisse sind die Lehren aus der Französischen Revolution



O alte Burschenschaft  
Hans Gabriel Jentzsch, 1905

maßgeblich. Insbesondere die schlechten Erfahrungen der Schreckensherrschaft der Jakobiner sind es, die Schiller im Zusammenhang mit der Revolution von *Wilden, Pöbel und Schindersknechten* sprechen lassen. Ihrer Abscheulichkeit setzt er sein ästhetisches Konzept der Schönheit entgegen.

Die Schönheit (der Seele) kann man sich als Summe jener Mechanismen vorstellen, die die Harmonie von Form- und Sachtrieb herstellen. Für Schiller, der die antike Klassik (der Einzelne ist der

vollkommene Repräsentant der gesamten Menschheit, daher nicht mit der Hypothek der Erbsünde belastet) stets vor Augen hatte, war Schönheit daher nicht ein Zustand, der – oft als dekadente Begleiterscheinung – einem Objekt anhaftet, sondern eine subjektive Charaktereigenschaft, deren Kern ein vorurteilsfrei urteilendes Bewusstsein ist. Diese Schönheit ist für ihn die Voraussetzung politischer Freiheit, somit selbst kein Akt der politischen Befreiung, sondern ihre Bedingung.

Es ist kein Zufall, dass Fries' utopischer Roman, in dem er seine persönlichen Hoffnungen an die 1815 gegründete Urburschenschaft richtet, *Julius und Evagoras oder die Schönheit der Seele* heißt. Wie Schiller will Fries den neuen Staat über die Erziehung erreichen. Dabei sollen die Burschenschaftler jene akademische Elite sein, die dem Volk



...weil es die Schönheit ist,  
durch welche man zu der Freiheit wandert.



Rechtsstaatlichkeit vorleben. Genau darum geht es in dem Fries'schen Roman, der in bester utopischer Manier in einem abgegrenzten Bergtal spielt: Ein weiser Alter streift mit Jünglingen durch das Land und lebt Republik und Demokratie vor. Anarchisten werden bekehrt und das Volk erkennt den Weg zum neuen Staat. Unschwer erkennt man in dem weisen Alten Fries selbst und in den Jünglingen die Mitglieder der Burschenschaft, in die Fries all seine Hoffnungen gelegt hatte. Dieses Bild passt vorzüglich zu Schillers Worten aus dem zweiten Brief: „...weil es die Schönheit ist, durch welche man zu der Freiheit wandert.“

Auffallend ist, dass sich weder Schiller 1795, noch Fries zwei Dekaden später, unmittelbar an das Volk wenden, sondern an jene, die sie – jeweils zu ihrer Zeit – als relevante Elite betrachten. Das waren bei Schiller *wenige auserwählte Zirkel in der Nähe des Thrones*. Schiller glaubte demnach an die Möglichkeit einer Änderung der Staatsform durch die herrschende Klasse selbst. Fries hingegen



Jakob Friedrich Fries  
Holzgravur, 19. Jahrhundert

hatte – nach dem Ende des Heiligen Römischen Reiches und nach dem Bruch des Verfassungsversprechens des Wiener Kongresses – den Glauben an diese Klasse längst verloren und setzte all seine Hoffnung in die frisch gegründete Burschenschaft.

Zwischen der Hoffnung Schillers und jener Fries' besteht somit ein direkter Zusammenhang: Eine junge Elite soll in bewusster Ablehnung linker Utopien die Gesellschaft zu einem frei-

heitlichen Rechtsstaat weiterentwickeln. Das politische Ziel der staatlichen Freiheit soll nicht im zwanghaften Wege des *Neuen Menschen* oder des *Homme Sauvage*, sondern durch die behutsame Weiterentwicklung jedes Einzelnen erreicht werden, wobei das Menschenbild der Antike, in dessen Zentrum der *Große Mensch*, der der Souverän seiner selbst ist, steht, maßgeblich ist. Im Erbe der Burschenschaft steckt daher sehr viel von Schillers Schönheit, deren politischer Kern nicht aus extremistischer Überhitzung, sondern aus maßvoller und konzilianter Ausgewogenheit besteht.

Literatur:

Friedrich Schiller: *Über die ästhetische Erziehung des Menschen in einer Reihe von Briefen*. Kommentar von Stefan Matuschek. Suhrkamp Studienbibliothek 16, 2018.

Gerald Hubmann: *Ethische Überzeugung und politisches Handeln. Jakob Friedrich Fries und die deutsche Tradition der Gesinnungsethik*. Heidelberg: C. Winter Verlag 1997.

# Erziehungsauftrag und Erziehungsmaßnahme

Von Laila Mirzo



„**W**er die Medien kontrolliert, kontrolliert den Verstand“, sagte Jim Morrison, Frontsänger der US-Rockband *The Doors*. Was der scharfsinnige Musikrebell bereits in den 1960er-Jahren verstand, wird uns tagtäglich beim Einschalten des Fernsehers und beim Aufdrehen des Radios schmerzlich bewusst: Die Medien sind mächtige Meinungslenker.

In Europa haben wir ein „duales“ Rundfunksystem, neben privaten Sendern gibt es also auch öffentlich-rechtliche Sendeanstalten. Die Grundidee eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist die Gewährleistung einer objektiven Berichterstattung ohne die Einflussnahme politischer oder gar religiöser Interessensgruppen. Doch die Realität ist eine andere: Die Rundfunkräte bestehen u.a. aus ehemaligen Politikern und sogar aus Vertretern der anerkannten Religionsgemeinschaften. Eine zunehmend tendenziöse Berichterstattung und eine von Hypermoral getriebene Programmgestaltung erinnern immer mehr an einen obrigkeitstreuen „Staatsfunk“. Der „Erziehungsauftrag“ hat in vielen Sendungen den Bildungsauftrag längst abgelöst.

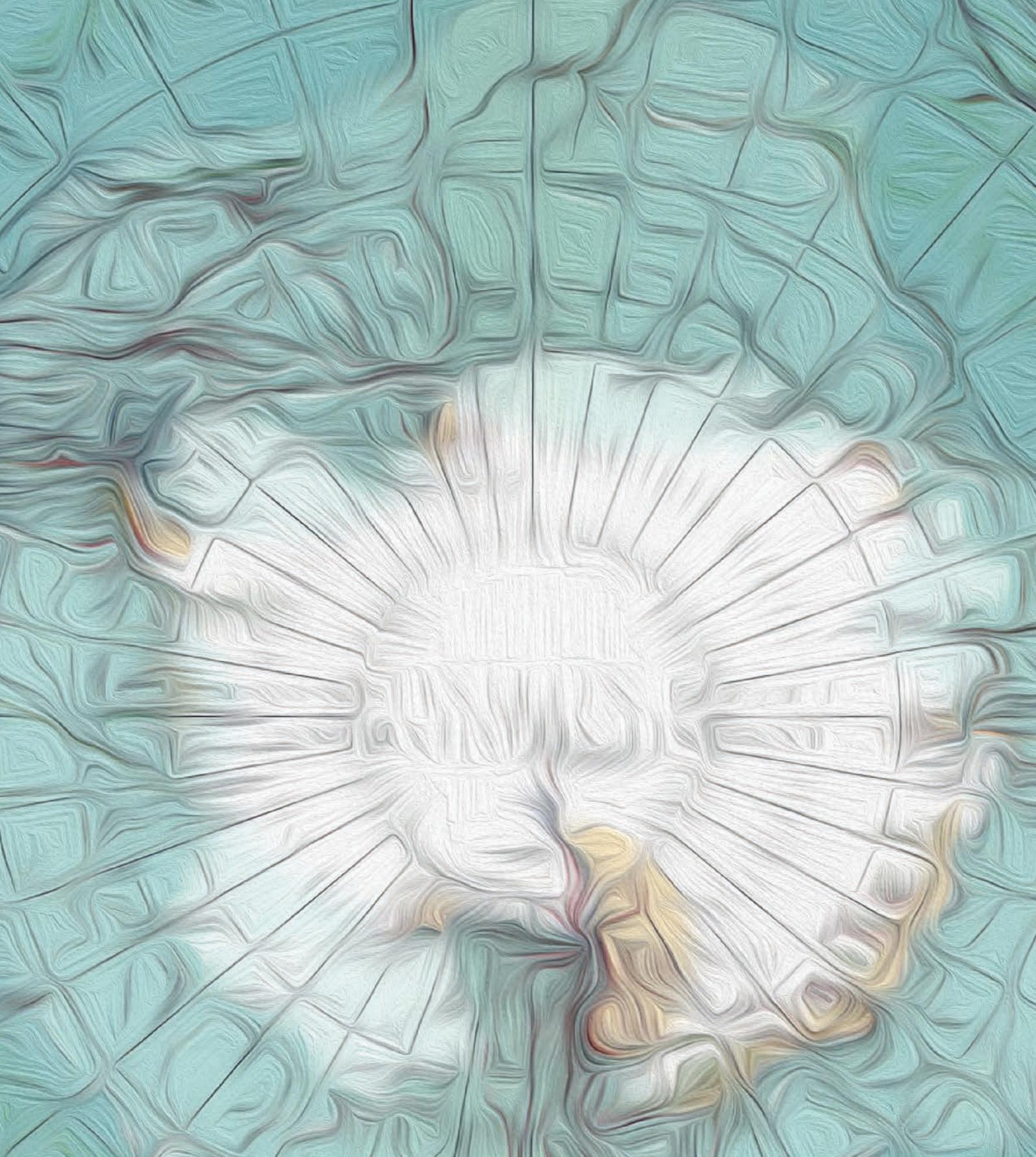
Wer nun mit dem Programmangebot nicht zufrieden ist oder grundsätzlich keinen Wert auf den Konsum von TV, Radio oder Online-Nachrichten legt, muss bekanntlich die Rundfunkgebühren trotzdem entrichten. Eine Gebührenbefreiung gibt es z.B. in Deutschland lediglich bei einschlägiger Schwerbehinderung oder akuter Armut mit gleichzeitigem Bezug von staatlichen Sozialleistungen. Keine dieser Entschuldigungen konnte oder wollte ein Herr Georg Thiel aus Nordrhein-Westfalen vorweisen. Und da Herr Thiel auch keine öffentlich-rechtlichen An-

gebote nutzte, verweigerte er die Entrichtung der staatlichen „Zwangsgebühren“.

Der „GEZ-Rebell“ hatte zuletzt 2013 seine Gebühren bezahlt und hat damit in der Zwischenzeit eine Rechnung in Höhe von 1.900 € beim Westdeutschen Rundfunk offen. Der Streit zwischen dem WDR und dem 54-Jährigen gipfelte in einer Haftstrafe, die jener am 25. Februar dieses Jahres antrat. Georg Thiel bezahlte ganze 181 Tage seiner Lebenszeit für eine Machtdemonstration des Staates gegenüber seinem Volk und ist am Tag seiner Entlassung, dem 24. August, doch nicht frei von seinen Schulden. Denn die Haftstrafe war eine sogenannte „Erzwingungshaft“. Herr Thiel war angehalten worden, seine Vermögensverhältnisse offen zu legen, doch das gefiel dem Technischen Zeichner aus Münster schon aus Prinzip nicht, also musste er die volle Härte des Gesetzes spüren.

Durch diese öffentlich-rechtliche „Erziehungsmaßnahme“ wurde Georg Thiel zur Symbolfigur des GEZ-Widerstands. Zweimal ist er während seiner Haft in den Hungerstreik getreten, Beistand bekam er von unzähligen Unterstützern, die ihm mit rund eintausend Briefen Mut machen sollten. Mut wird Georg Thiel auch in Zukunft brauchen, denn der WDR hat angekündigt, weiter gegen ihn vorzugehen. Das Verhalten des Schuldners, so der WDR, sei gegenüber den anderen Beitragszahlern unsolidarisch!

Vielleicht kann ein Redakteur in der Sendung mit der Maus den Verantwortlichen beim WDR erklären, dass Solidarität die freiwillige Bereitschaft einer Gemeinschaft ist, füreinander Sorge zu tragen. Wird Solidarität einseitig durch staatliche Gewalt erzwungen, wird sie zum Unrecht.



# Besprechungen

Wargus, Titel-Illustration  
Gerhard Rihl, 2021

# S. Coell: Wargus

Von Jörg Mayer



Im Nachlass Herman Melvilles findet sich eine bemerkenswerte Erzählung, die den Titel *Billy Budd* trägt. Das Manuskript dieser (stilistisch nicht leicht lesbaren) „Seenovelle“, verfasst in den letzten Jahren vor Melvilles Tod 1891, wurde erst 1919 von seinem ersten Biographen Raymond M. Weaver entdeckt, der das Werk in weiterer Folge bearbeitete und 1924 publizierte. Zur Zeit der Napoleonischen Kriege angesiedelt, macht *Billy Budd* uns mit dem Schicksal eines jungen Matrosen gleichen Namens bekannt, der für ein Kriegsschiff zwangsrekrutiert wird, dort durch sein charismatisches Auftreten die Gunst der Besatzung erringt, doch schließlich einem Neider zum Opfer fällt.

„**U**nd die Verwolfung des Menschen und Vermenschlichung des Wolfs ist in jedem Augenblick des Ausnahmezustands, der *dissolutio civitatis*, möglich“, schreibt Giorgio Agamben in seinem *Homo sacer*. Dieser Augenblick des Ausnahmezustands ist es, der Billy Budd, kräftig, gesund und schön von Gestalt, geschätzt von all seinen Kameraden und ein Bild natürlicher Kraft und Unschuld, zum Verhängnis wird. Von John Claggart, dem Bootsmann der *Bellipotent* mit dubioser Vergangenheit im Verbrechermilieu, vor Kapitän Vere beschuldigt, er habe eine Meuterei anzetteln wollen, schlägt Billy Budd im heiligen Zorn den böartigen Verleumder mit einem Faustschlag tot. Obwohl Kapitän Vere nie an Billy Budds Unschuld gezweifelt und



Laubeuf Fjord und Webb Island, Antarktis

Claggarts Anschuldigungen keinen Glauben geschenkt hat – sein größter Vorzug ist es, mit bestechender Menschenkenntnis den Charakter aller Besatzungsmitglieder zu durchschauen – wird Billy Budd gleichwohl in aller Eile für den Totschlag abgeurteilt. Schon im Morgengrauen hängt er am Galgen, wo zur Verwunderung des Schiffsarztes ohne Todeskampf sein Lebenslicht erlischt. Die Matrosen brechen sich, Reliquien gleich, Schiefern aus dem Holz des Galgens.

Warum die Eile, das Urteil zu vollstrecken? Warum eine sofortige Verurteilung, durchaus entgegen dem Meutereigesetz? Warum diese Härte, die nicht nur die Mannschaft erschreckt, sondern auch die Offiziere bestürzt? Es ist die berechnende Angst, die Kapitän Vere antreibt, die Angst im Angesicht vergangener Meutereien und die Angst vor möglichen neuen auf der bevorstehenden Feindfahrt. Mit dem

Verdikt über Billy Budd siegt diese Angst, siegt die tyrannische Disziplin der Strafjustiz über eine organischere Ordnung der Natur, wie Billy Budd sie in seinem freien, gerechten, unschuldigen Wesen verkörpert hatte. Bei seiner früheren Heuer auf einem Handelsschiff war er damit noch am rechten Platz gewesen, doch hier auf einem Kriegsschiff wie der *Bellipotent* hat all das nichts verloren. Sein unverblümtes rechtgeartetes Sein stört das mechanische Regelwerk der Zivilisation. Wie ein Engel Gottes hat er den teuflischen Claggart gefällt. „Aber der Engel muss hängen.“

·  
Ins Eis  
·

Nicht alle Schiffe haben einen Kapitän Vere, wie die *Bellipotent* in Melvilles zum Roman neigender Novelle, der über jede reale Bedrohung hinaus schon



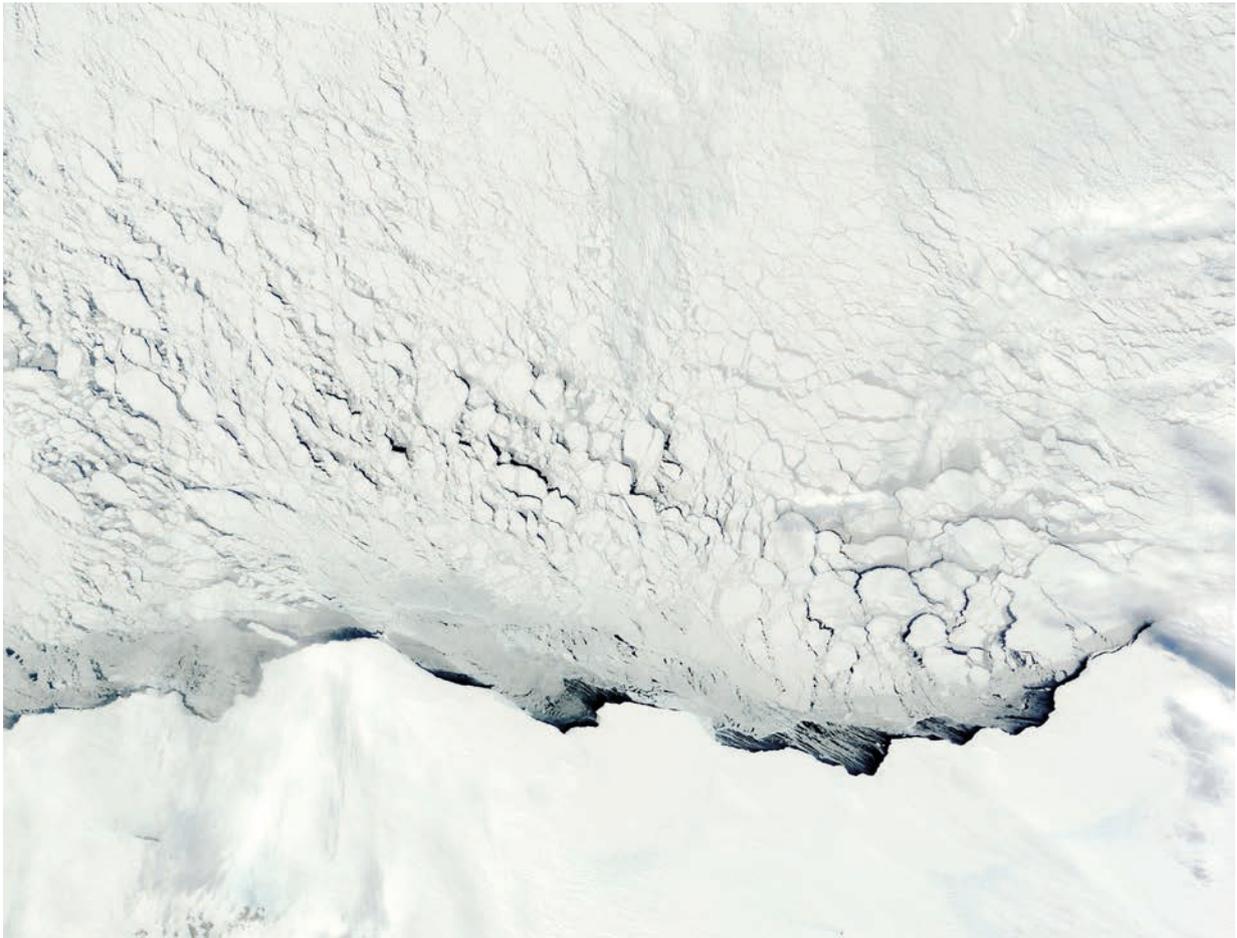
Mount Melbourne, Antarktis

potenzielle Bedrohungen für Schiff, Ordnung und Auftrag mit härtester Hand niederschlägt. Kapitän Vahsel, der Herr jenes Schiffes, dessen Schicksal S. Coell in seinem umgekehrt zur Novelle neigenden Roman schildert, ist aus anderem Holz geschnitzt. Auch ist die *Deutschland*, deren Geschicke er lenkt, weder ein Handelsschiff noch ein Kriegsschiff. Sie ist ein Forschungsschiff – ein Forschungsschiff freilich unter kaiserlicher Flagge.

*Wargus* – der Titel des Romans leitet sich ab von jenem Rechtsstand des Friedlosen und Waldgängers, den Rudolf von Jhering den unzweifelhaften Bruder des römischen *homo sacer* nannte – spielt ein gutes Jahrhundert später als *Billy Budd* und damit zu einer Zeit, als der imperiale Rausch, der Traum von der Herrschaft zur See, auch die Deutschen längst ergriffen hatte. Die Weite des Ozeans stand den Großmächten weit offen, doch die Welt, einst ein riesiges

unentdecktes Neuland für hungrige Forscher, war eng zusammengeschrumpft. Nur mehr wenige weiße Flecken auf dem Globus waren übrig, die noch große Entdeckungen versprachen: undurchdringliche Dschungel, menschenfeindliche Wüsten und der weißeste Fleck von allen, das Polareis.

Es war nicht immer das große Faible für die Wissenschaft, das im „Goldenen Zeitalter“ der Polarforschung (etwa vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die 1920er-Jahre) so manchen Entdecker in das ewige Eis der Antarktis trieb. Es war für seemännische und sonstige Ehrgeizler der Welt schlichtweg nichts anderes mehr zu entdecken übrig, das ewigen Ruhm versprach. Der Wettlauf zum Südpol zwischen dem britischen Marineoffizier Robert Falcon Scott und dem norwegischen Polarforscher Roald Engelbregt Gravning Amundsen (jener hatte sich zuvor schon im Nordpolareis einen Namen gemacht und sollte



Prinzessin-Ragnhild- und Prinzessin-Astrid-Küsten, Antarktis; NASA-Satellitenbild

schließlich auch im Süden das Rennen machen) ist bis heute Gegenstand unzähliger Publikationen und Fernsehdokus.

Die erste Expedition, die den antarktischen Winter unterhalb des südlichen Polarkreises verbrachte – dies infolge des Einschlusses des Schiffes, der *Belgica*, im Packeis der Bellingshausen-See – führte Adrien de Gerlache unter belgischer Flagge von 1897-1899 durch. Ihm folgte 1898-1900 die Britische Antarktisexpedition mit der *Southern Cross* unter Carsten Borchgrevink, bei der erstmals auf dem Festland des eisbedeckten Kontinents überwintert sowie die Position des magnetischen Südpols

berechnet wurde, gefolgt von einer weiteren britischen Expedition 1901-1904 mit dem Schiff *Discovery* unter dem bereits erwähnten Scott, bei der zahlreiche geographische Entdeckungen gelangen.

Zeitgleich erfolgte auch die Erste Deutsche Antarktisexpedition mit dem Schiff *Gauß*, geleitet von Erich von Drygalski, sowie eine schwedische Expedition auf der *Antarctica* unter Otto Nordenskjöld und eine weitere britische mit der *Scotia* unter William Speirs Bruce. Den magnetischen Südpol erreichte als erste eine Gruppe des Expeditionsteams von Ernest Shackleton, der 1907-1909 ebenfalls unter britische Flagge – sein Schiff war die *Nimrod*



Eagle Island, Antarktis; NASA-Satellitenbild

– in die Antarktis vorgedrungen war und zu Lande einen weiteren Südkord aufgestellt hatte. Bis zum Ende des ersten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts waren auch Frankreich und als erste außereuropäische Nation Japan in den Kreis der Polarforscher eingestiegen.

Der Ruhm, den geographischen Südpol als mutmaßlich erster Mensch erreicht zu haben, fiel bekanntermaßen aber dem bereits erwähnten Norweger Amundsen zu, der nach Überfahrt mit der *Fram* und einem Gewaltmarsch über die Weiten des Südpolarplateaus gemeinsam mit einigen Kameraden am 14. Dezember 1911 sein Ziel erreichte. Scott

sollte den Südpol 35 Tage später am 18. Jänner 1912 mit vier Kameraden erreichen – und mit ihnen auf dem Rückmarsch durch Kälte und Hunger am 29. März den Tod finden.

#### Winter im Weddell-Meer

Um diese Zeit steckte die Zweite Deutsche Antarktisexpedition, wissenschaftlich geleitet vom bayerischen Geophysiker Wilhelm Filchner, mit ihrem Schiff *Deutschland* bereits im Packeis fest. S.Coell schildert die Begebnisse auf der *Deutschland* aus der Ich-Perspektive eines jungen Studenten, der



nach Rostock zum Studium der Rechtswissenschaften gekommen war, sich infolge eines Ehrenhandels aber bald als Ausgestoßener abseits der rechtgearteten Gesellschaft wiederfand. Der Sprung ins Abenteuer war für ihn, wie für so manchen jungen Seefahrer, Flucht und Chance zugleich:

*„Meine Augen glitten über die Überschriften des Blattes: Neben der üblichen Berichterstattung über das Erstarren der Sozialisten und das Gezaudere des Kaisers in allen erdenklichen Staatsgeschäften las ich über ein Ereignis, das sich am Vortage in der Gesellschaft für Erdkunde zugetragen hatte. Einem gewissen Wilhelm Filchner wurde die Unterstützung ausgesprochen, als Leiter der „Zweiten Deutschen Antarktischen Expedition“ zum Südpol zu reisen. Nicht um diesen zu erreichen, sondern um das Verhältnis zwischen West- und Ostantarktika zu klären. Ein weiterer Unterstützer Filchners sei der berühmte Professor Nordenskjöld, selbst Führer der schwedischen Südpolar-Expedition. Das Hauptaugenmerk solle auf der Erforschung des Südkontinents, im Besonderen des südöstlich von Südamerika gelegenen Teiles, des sogenannten Wedell-Meeress, liegen. Mit dem Auslaufen der Deutschland sie binnen Jahresfrist zu rechnen.“*

Filchner hatte erste polare Gehversuche bereits 1910 im arktischen Spitzbergen unternommen und war in dieser Hinsicht mit den zu erwartenden Gegebenheiten leidlich vertraut. Obwohl die damalige Marschlänge zwischen Tempelfjord und Mohnbukta



Mount Sidley, Antarktis; NASA-Satellitenbild

nur 65 Kilometer lang gewesen war, hatten ihm die dortigen Gefahrenerlebnisse vor Augen geführt, wie schnell ein solches Unternehmen auf Abwege geraten kann und wie wichtig daher eine verschworene Mannschaft ist. *„Filchner hatte aus dieser Episode zwei Erfahrungen mitgenommen: zum einen, dass schon geringste Fehlentscheidungen einzelner ein gemeinsames Projekt zu Fall bringen können, und zum anderen, dass es nicht die menschenfeindlichen Kräfte der Natur, nicht Hitze, Frost, Sturm und Nebel sein*

*müssen, an denen eine Expedition möglicherweise scheitert. Winzig kleine Nadelstiche, ein Splitter im Daumen, ein gebrochener Arm, ein zerbrochener Ski oder ein kaputter Kompass können sich als weit gefährlicher herausstellen als die Gnadenlosigkeit der Natur. Sie lassen den Forscher verzagen und zermürben ihn, ehe sein Geist sich beugt.“*

Es sollte sich bald verhängnisvoll herausstellen, dass der enge Zusammenhalt von Schiffsbesatzung und Forscherteam, die unabdingbare Voraussetzung für den gemeinsamen Erfolg, auf der von Richard Vahsel mit großer Selbstherrlichkeit kommandierten *Deutschland* nicht gegeben war. *„Meine Expedition“*, so eröffnet Filchner dem Ich-Erzähler, den er als Assistenz für sein wissenschaftliches Personal mit an Bord mitnimmt, *„hat sich eine ganze Reihe von Forschungsaufgaben gestellt. Neben der wichtigsten, der Entdeckung der Pforte zwischen dem Atlantik und dem Pazifik, sind es vor allem die*



*Geologie, die Ozeanographie, die Biologie, die Meteorologie, die Lehre vom Magnetismus, die Astronomie und die Geodäsie, die sich von uns neue Erkenntnisse erwarten. All das muss koordiniert und dokumentiert werden.“* Der Verlauf der Ereignisse zeigte, dass es ganz andere Dinge waren, die der Ich-Erzähler an Bord der *Deutschland* dokumentieren sollte.

Das Verhängnis der *Deutschland* begann sich bereits in wärmeren Gefilden abzuzeichnen: auf der langen Überfahrt, die das Schiff von Bremerhaven über Buenos Aires nach Grytviken, einer Walfänger-Siedlung auf Südgeorgien, führte. Doch mit dem Abfall der Temperaturen verhärteten sich die Fronten endgültig, die zwischen den Besatzungsteilen der *Deutschland* bestanden. Schon der erste große Sturm hatte zu irreparablen Schäden der Kommunikation an Bord geführt: *„Wie ich mich ganz weit hinauslehnte, bekam ich eine kräftige Portion des eisigen Salzwassers ab, doch dann verstand ich, warum mein Freund vom blanken Entsetzen erfasst worden war. Die Platten hatten nicht etwas abbekommen, sondern waren schlicht und einfach nicht mehr da. Keine einzige war an ihrem angestammten Platz, sondern sie ruhten allesamt fünftausend Meter unter uns auf dem Meeresgrund. Ich konnte fühlen, wie sich meine Gesichtsfarbe jener Slossarczyks anglich, denn ohne Außenbordplatten war es unmöglich, mit irgend jemandem Kontakt aufzunehmen. Im Notfall war es ab sofort nicht mehr möglich, Hilfe herbeizu-*



Filchner-Ronne-Schelfeis; NASA-Satellitenbild

*holen. Die Deutschland war von nun an stumm wie die Fische unter ihr.“*

Dessen ungeachtet setzte das Schiff seinen Kurs fort und erreichte am 30. Januar 1912 die Küste Antarktikas. Filchner taufte den Küstenabschnitt (nach dem greisen bayerischen Patron der Unternehmung) *Prinzregent-Luitpold-Land*. Einen Tag später erreichte das Schiff den südlichsten Punkt seiner Fahrt: Vor der *Deutschland* türmten sich die weißen Mauern des Schelfeises auf, die das Wedell-Meer im Süden begrenzten – eine undurchdringliche Eisdecke, die

unter dem Namen *Filchner-Ronne-Schelfeis* heute eine Ausdehnung von rund 450.000 km<sup>2</sup> hat und damit nach dem geringfügig größeren *Ross-Schelfeis* die zweitgrößte Schelfeisdecke der Antarktis ist.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die *Deutschland* bereits eine beschwerliche Fahrt durch das Treibeis hinter sich, auf das sie unnötig früh getroffen war. Die Ratschläge der kundigen Walfänger Grytvikens, so lange wie möglich den ihnen bekannten warmen Meeresströmungen zu folgen, waren in den Wind geschlagen worden: *„[W]ir alle haben es gehört, Kurs Südost!, forderte Filchner lauthalst, woraufhin Vahsel reagierte, wie man es von ihm erwartete: „Die Sache des Kurses fällt einzig und allein in die Kompetenz des Kapitäns, nicht in die des wissenschaftlichen Leiters. Die deutsche Seemannsordnung ist da ganz klar. Deswegen werden wir selbstverständlich dorthin segeln, wo wir hinwollen, Kurs Südwest!“* So geschah es, und

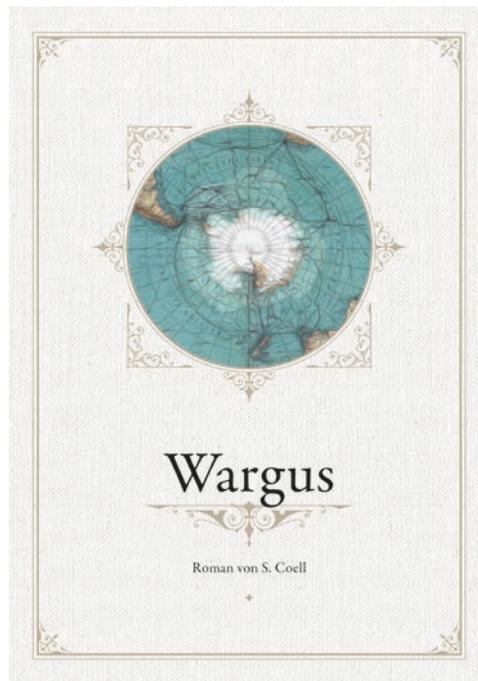


*es wunderte niemanden an Bord, nicht einmal den harten Kern um Vahsel selbst, dass die Deutschland kurze Zeit später auf erstes Treibeis stieß.“*

Bald stak die *Deutschland* fest – und schon hier hätte es mit der Expedition zuende sein können, würden nicht ein gütiger Wetterumschwung und die Gunst Poseidons das Eis wieder aufgebrochen, dem Schiff den Weg wieder freigegeben und es doch noch an sein Ziel gebracht haben. Doch hier, vor dem Schelfeis, war nun Schluss. Hier ging es nicht weiter. Und so begann,

nachdem auch nach tagelanger Suche kein aussichtsreicher Landeplatz an der nahen Festlandküste entdeckt werden konnte, am 9. Februar gegen Filchners Bedenken in der *Vahselbuch* der Bau des Stationshauses, das als Stützpunkt für die weitere Expedition zu Lande dienen sollte, auf einer zum Anlegen zugänglichen Stelle des Schelfeises.

„Am Abend des 16. Februar stand es kurz vor seiner Vollendung, am Tage darauf betrachtete Filchner das bisher Erreichte in gehobener Stimmung: „...wenn es auch nicht meinen Wünschen entspricht, so stellt dieses Gebäude doch das vor, was nach fachmännischem Urteil mit den verfügbaren Kräften überhaupt hatte erreicht werden können.“ Diese Worte fielen am 17. Februar, einen Tag vor dem Ereignis, das unserer Expedition eine dramatische Wende geben sollte. Hätte Filchner gewusst, was uns bevorstand, er hätte sich seine Worte ge-



Wargus, Cover-Vorderseite

*spart und wäre auf der Stelle zurück nach Grytviken gesegelt, doch wollte keiner die Zeichen erkennen: Das Aussehen des Meeres am Abend jenes Tages hatte etwas Ungewöhnliches an sich. Sein Glanz war völlig verschwunden. Nichts war von seiner Farbenpracht übrig geblieben, als hätte jemand einen Schalter umgelegt. Manche meinten, dass die bleifarbene Dünung auf den Neumond, der dem Ozean gelegentlich ein besonders düsteres Gesicht verpasst, zurückzuführen sei. Sah man allerdings genau hin, so hatte auch der Himmel eine seltsame Ver-*

*änderung durchgemacht. Sie schien mit jener des Meeres Hand in Hand zu gehen. Kein Hauch war zu spüren und kein Stern zu sehen. Über uns stand das ewige Gewölbe, pechschwarz und leblos, und hatte absolut nichts von jenem Himmel, der angeblich einen Gott beherbergt.“*

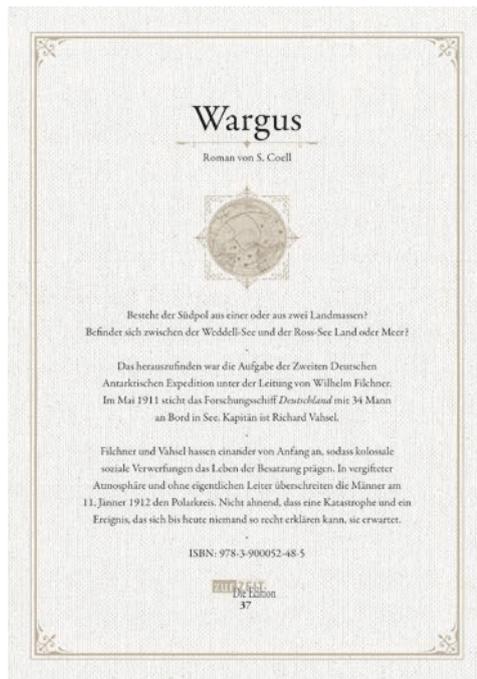
#### Fazit über Werk und Expedition

Wilhelm Filchner erreichte weder den Südpol, noch fand er die spekulative Seepassage zwischen West- und Ostantarktika, die das Weddell-Meer mit dem Ross-Meer verbinden sollte. Die *Deutschland* wurde vielmehr mit dem antarktischen Winter im Packeis eingeschlossen, in dem sie vom 6. März an langsam nach Nordwesten abdriftete – bis der antarktische Sommer das Schiff am 26. November wieder freigab. Trotz alledem war die Expedition keines-



wegs ein vollständiges Fiasko. Observatorien konnten auf dem Eis aufgebaut werden, Tiefseebohrungen erforschten das antarktische Meer unter und Ballonaufstiege den antarktischen Himmel über dem Schiff. Doch diese neun Monate auf engem Raume unter schwierigen Bedingungen, in Kälte, Dunkelheit und Mangel, sollten die Moral der Besatzung völlig aufzehren. Meuterei-artige Zustände herrschten noch bei der endlichen Rückkehr nach Grytviken.

Es sind diese gruppenpsychologischen Verwicklungen und das Verhältnis zwischen Macht und Ohnmacht, Recht und Rechtlosigkeit, Zusammenhalt und Zusammenbruch, die S.Coell im *Wargus* ausleuchtet – dies in einer phantastischen Weise, wie sie schon in vorhergehenden Romanen aufblitzte. Unter ihnen ist *Wargus* klar der kunstvollste, was freilich ein zweischneidiges Lob ist: Ein Autor hört gerne, dass sein Werk gefällt, aber sein vorhergehendes Schaffen zu übertreffen stellt dieses auch immer in das weniger gefällige Licht, lässt es im Vergleich dann scheinbar abfallen, wo doch ebenso viel Herzblut auch in ihm gelegen war. Eine solche Einordnung aber wäre hier verfehlt: Jeder, der einmal beispielsweise in einem völkerkundlichen Museum altertümliche Tonkrüge oder dergleichen betrachtet hat, wird die Erfahrung gemacht haben, dass trotz dem Anstieg an Kunstfertigkeit, den die jeweils nachfolgenden Schaustücke aufweisen, die ursprünglicheren Exponate nicht weniger interes-



Wargus, Cover-Rückseite

sant als die schon verfeinerten sind, ja dass die unterschiedlichen Formen des Kunsthandwerks, die bei diesen wie jenen in ihrer Herstellung gebraucht wurden, allen ihre unverwechselbare Prägung geben. So ist es auch in der Abfolge der bislang vier Romane S.Coells, mit dem Debütroman *Im Schatten des Gracchus*, der darauffolgenden *Karlsbadverschwörung* und zuletzt mit dem *Hartmut gegen Ahrimann*.

Es ist keineswegs selbstverständlich, dass sich Autoren im Verlauf ihrer Arbeiten steigern. Oft genug begegnet der umgekehrte Fall: dass

sich ein Schriftsteller gleichsam selbst auserzählt. So fließen in schriftstellerisches Schaffen oft jahrelang gehegte Gedanken ein, autobiographische Welt- und Lebenserfahrungen und tief in Geist und Herz eingegrabene Anschauungsbilder, doch wie diese in den Grenzen einer Persönlichkeit und ihrer Fassungskraft beschränkt sein müssen, so ist manch letzter Roman leerer als die ersten, wenn die Schreibfeder zu schnell geführt wird, wo der innere Reichtum nicht Schritt mit ihr hält. *Wargus* zeigt, dass bei S.Coell das Gegenteil der Fall ist, dass er sich selbst nicht nur noch nicht auserzählt hat, sondern vielmehr an Kraft und Farbe in jeder weiteren Erzählung dazugewinnt – eine zweischneidige Sache erneut, denn an diesem Maßstab wird der Autor auch bei künftigen Werken gemessen werden! Es ist zu hoffen, dass der *Wargus* nicht das letzte war.

## Adharas Stimme



„**H**ätte die Demokratie in der Zeit der Erfindung der mechanischen Webstühle, der Dampfmaschine, der Eisenbahnen, die Macht besessen, über die sie heute verfügt, so wäre die Verwirklichung dieser Erfindungen unmöglich gewesen. Es ist ein Glück für den Fortschritt der Kultur, daß die Übermacht der Massen erst dann geboren wurde, als die großen Entdeckungen der Wissenschaft und der Industrie vollendet waren.“ Wie würde der Autor dieser 1895 erschienenen Zeilen gestaunt haben, hätte er die technologischen Wunder miterlebt, die in den letzten Jahrzehnten die Welt erneut revolutionierten und die nicht nur in den demokratischen Gesellschaften heute gang und gäbe sind!

Und doch hat Gustave Le Bon hier, in seiner *Psychologie der Massen*, einen Punkt: Die Menge der Menschen neigt zur Sättiertheit – und daran orientiert sich demokratische Politik notwendigerweise: Sicherheit, Besitzstandswahrung, Lebensstilgarantie, Planbarkeit, Stabilität. Demgegenüber sind es stets Einzelne, die unter Inkaufnahme persönlicher Risiken ins Unbekannte vortreten und – in der kleineren Zahl der Fälle, wo sie auf Goldadern stoßen – die Gemeinschaft dorthin mitreißen. In dieser Weise laufen neue Technologien der demokratischen Verrechtlichung immer einen Schritt voraus, bis sie wieder eingeholt werden (und damit ihre Innovationskraft freilich wieder einbüßen). Auch das

Internet war bis vor Kurzem noch ein solcher Raum: erst Tummelplatz für echte Nerds, für moderne Performer und (im Schutze der Anonymität) auch für manch sinistre Nutzer, dann ein Ort der Meinungsfreiheit für viele Millionen, nunmehr wieder Spielplatz staatlicher Überwachung, Einschränkung und Kontrolle. Ob auch jüngere Experimentierfelder wie die zentralbankunabhängigen Kryptowährungen oder die privatfinanzierte Raumfahrt ein solches Schicksal erleiden werden?

Demokratie ist sohin von einer eigentümlichen Zweischneidigkeit geprägt: Einerseits bewirkt sie durch das gemeinsam gestiftete Recht unser aller Emanzipierung aus der Herrschaft anderer Einzeler, andererseits hemmt sie unsere Emanzipierung aus der Herrschaft der Masse. In Zeiten, als die Welt noch ein einziger großer Schlupfwinkel und der Staat nur ein ferner Wachturm über den Weiten der Wälder und Fluren, Wege und Städte war, mochte man die einfache Rechnung aufstellen: Hundert gewählte Tyrannen hundert Meilen von hier sind besser als ein gebürtiger Tyrann eine Meile von hier. Ob diese Rechnung freilich in einer Zeit noch zutrifft, in der jeder Staat einhundert niemals schlafende Argusaugen hat und auch einhundert Meilen so schnell durchschritten sind wie eine einzige, diese waghalsige Frage wollen wir – wenn überhaupt – ein andermal anreißen.

Adhara

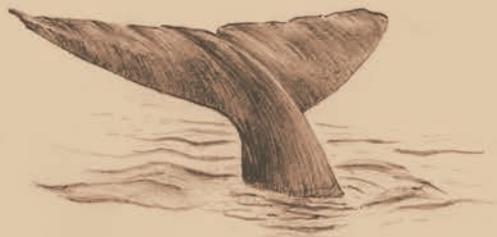
# Impressum



Medieninhaber: Freiheitlicher Arbeitskreis Attersee, Blütenstraße 21/1, A-4040 Linz, Tel.: 0732 736426, E-Post: verein@atterseekreis.at · Herausgeber: ParlRat. Mag. Norbert Nemeth · Redaktionelle Gestaltung: Jörg Mayer, B.A. · Art Director, Bildredakteur: Prof. Dr. Gerhard Rihl

Der Attersee Report behandelt Fragen von gesellschaftlicher und politischer Bedeutung. Er ist ein Produkt des Vereins Freiheitlicher Arbeitskreis Attersee. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren wieder und liegen in ihrer Verantwortung. Die Beiträge bewegen sich innerhalb der gesetzlichen Grenzen der Meinungsfreiheit. Ausführliche Informationen zu unseren Datenschutzbestimmungen finden Sie unter [atterseekreis.at/datenschutz](http://atterseekreis.at/datenschutz).

Bildnachweis (Abk.: (b)=bearbeitet, WiCo=Wikimedia Commons, gemeinfrei):  
S. 1: akg-images / Paul Almasy · S. 2: Ragge Strand creator QS:P170,Q28834682 ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Gripj\\_Valg\\_i\\_Norges\\_minste\\_kommune\\_-\\_L0062\\_961Fo30141701270069\\_\(cropped\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Gripj_Valg_i_Norges_minste_kommune_-_L0062_961Fo30141701270069_(cropped).jpg)), <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode> · S. 3, 5, 64: Bundesarchiv, B 145 Bild-F056098-0007 / Wegmann, Ludwig / CC-BY-SA 3.0 ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv\\_B\\_145\\_Bild-F056098-0007,\\_Nürnberg,\\_SPD\\_Europa-Wahlkampf.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_B_145_Bild-F056098-0007,_Nürnberg,_SPD_Europa-Wahlkampf.jpg)), „Bundesarchiv B 145 Bild-F056098-0007, Nürnberg, SPD Europa-Wahlkampf“, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/legalcode> · S. 4, 6-7: © akg-images / Ehrt · S. 9: akg-images / IMAGNO/Austrian Archives · S. 10, 11: akg-images / Imagno · S. 12: akg-images · S. 14, 15: WiCo · S. 16: Oktobersonne ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:DieWiedererhebungdesDeutschenReiches1871L1010769\\_\(2\).JPG](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:DieWiedererhebungdesDeutschenReiches1871L1010769_(2).JPG)), <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode> · S. 17: HiMuSaar ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Victoria\\_\(1880\)\\_Anton\\_von\\_Werner\\_Historisches\\_Museum\\_Saar.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Victoria_(1880)_Anton_von_Werner_Historisches_Museum_Saar.jpg)), <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode> · S. 22, 23, 24: Pixabay · S. 25: Konstantin Aksenov · S. 4, 28-29: Parlamentsdirektion / Mike Ranz · S. 30, 31, 32, 33: akg / viennaslide / Harald A. Jahn · S. 35: Tim Green from Bradford ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Helmsman's\\_Grave\\_\(3191479019\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Helmsman's_Grave_(3191479019).jpg)), „Helmsman's Grave (3191479019)“, <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/legalcode> · S. 4, 36-37: Flickr' / Jacob Riis / Preus Museum · S. 38: WiCo · S. 39: Adrien-Rouxxx ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Quand\\_le\\_clergé\\_soutient\\_le\\_syndicat\\_sur\\_le\\_piquet\\_de\\_grève,\\_Chicago\\_7\\_janv\\_1946.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Quand_le_clergé_soutient_le_syndicat_sur_le_piquet_de_grève,_Chicago_7_janv_1946.jpg)), <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode> · S. 40: Flickr' / Jacob Riis / Preus Museum · S. 42, 43, 45: Pixabay · S. 4, 46-47: akg-images / MPortfolio / Electa · S. 48: WiCo · S. 49: akg-images · S. 50: Interfoto / Alamy · S. 51: Oliver Abels (SBT) ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Wiesbaden\\_Stadtfest\\_2013\\_Die\\_Maus\\_01.JPG](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Wiesbaden_Stadtfest_2013_Die_Maus_01.JPG)), „Wiesbaden Stadtfest 2013 Die Maus 01“, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode> · S. 4, 52-53: Büro Rihl · S. 54: Vincent van Zeijst ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Antarctica\\_\(7\),\\_Laubeuf\\_Fjord,\\_Webb\\_Island.JPG](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Antarctica_(7),_Laubeuf_Fjord,_Webb_Island.JPG)), „Antarctica (7), Laubeuf Fjord, Webb Island“, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode> · S. 55: Paola Del Carlo (<https://imggeo.egu.eu/user/delcarlo/>) ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Mount\\_Melbourne\\_in\\_Antarctica\\_-\\_2017-01-19.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Mount_Melbourne_in_Antarctica_-_2017-01-19.jpg)), „Mount Melbourne in Antarctica - 2017-01-19“, <https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/legalcode> · S. 56: WiCo · S. 57: NASA Goddard Photo and Video ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Antarctica\\_Melts\\_Under\\_Its\\_Hottest\\_Days\\_on\\_Record.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Antarctica_Melts_Under_Its_Hottest_Days_on_Record.jpg)), „Antarctica Melts Under Its Hottest Days on Record“, <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/legalcode> · S. 58: WiCo · S. 59: WiCo · S. 60, 61: Büro Rihl · S. 62-63: Pixabay · Illustrationen auf S. 1, 27, 37, 43, 53, 62, 64: Büro Rihl



**Atterseekreis**

frei denken

[www.attersee-forum.at](http://www.attersee-forum.at)

Österreichische Post AG

Sponsoring.Post

14Z040199 S